

# Grundinformationen zu Bildung in Deutschland



Menschen lernen in allen Lebensphasen: von der frühen Bildung über die Allgemeinbildung, die berufliche Ausbildung und Hochschulbildung bis hin zur Weiterbildung im Erwachsenenalter und in der Nacherwerbsphase. Kapitel **B** trägt dieser Vielfalt an Zielgruppen und Lebensphasen sowie institutionellen Arrangements Rechnung, indem es das Bildungssystem als Ganzes anhand 5 bildungsbereichsübergreifender Indikatoren in den Blick nimmt. Diese Indikatoren machen strukturelle Unterschiede zwischen den Bildungsbereichen sichtbar, greifen zentrale Querschnittsfragen auf und erfassen auch junge Personen, die sich nicht mehr im formalen Bildungssystem befinden und daher in den bildungsbereichsspezifischen Kapiteln nicht abgebildet werden. Zugleich ermöglichen internationale Vergleiche eine Einordnung des Bildungsstandorts Deutschland.

Die 5 Indikatoren zu den Themenbereichen Bildungseinrichtungen, Bildungspersonal, Bildungsausgaben, Bildungsbeteiligung und Bildungsstand schreibt der Bildungsbericht 2026 mit aktuellen Daten fort und vertieft sie in ausgewählten Bereichen. Dabei stehen insbesondere demografische Entwicklungen und ihre unterschiedlichen Auswirkungen auf die einzelnen Bildungsbereiche sowie strukturelle Unterschiede zwischen diesen Bereichen im Mittelpunkt.

**B1** betrachtet zunächst die Entwicklung des Angebots an vorrangig formalen Bildungseinrichtungen. Neben der quantitativen Veränderung werden Unterschiede nach Trägerschaft sowie – für die Bereiche

frühe Bildung und allgemeinbildende Schulen – Aspekte der räumlichen Erreichbarkeit aufgegriffen.

Ein zentraler Faktor für gelungene Lernprozesse ist das Bildungspersonal (**B2**). Angesichts des anhaltend hohen Personalbedarfs in vielen Bildungsbereichen werden Umfang und Struktur des Personals näher beleuchtet. Zudem wird der Zugang zu pädagogischen Berufen für zugewanderte Fachkräfte thematisiert.

Im Anschluss werden die dem Bildungssystem zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen beleuchtet (**B3**). Sie umfassen öffentliche und private Ausgaben über alle Bildungsbereiche hinweg.

**B4** stellt die Bildungsbeteiligung anhand der Zahl der Bildungsteilnehmenden in den jeweiligen Bildungsbereichen sowie ihrer Anteile an der gleichaltrigen Bevölkerung dar. Auch das Zusammenspiel von Bildung und Erwerbstätigkeit sowie die Situation junger Menschen außerhalb von Bildung und Beschäftigung werden betrachtet. Darüber hinaus wird Bildungsbeteiligung auch über die tatsächlich aufgewendete Lern- und Bildungszeit erfasst.

Der abschließende Indikator Bildungsstand (**B5**) bilanziert die Ergebnisse vergangener Bildungsprozesse anhand der erreichten Bildungsabschlüsse.

Die Fortschreibung der 5 bewährten Indikatoren seit dem Bildungsbericht 2012 ermöglicht über die Zeit eine bereichsübergreifende Bilanzierung zentraler Themenbereiche institutionalisierter Bildung und schafft damit eine belastbare Grundlage für die Analyse von Kontinuitäten und Veränderungen im deutschen Bildungssystem.

## Bildungseinrichtungen

Bildungseinrichtungen<sup>M</sup> sind zentrale Bestandteile der Infrastruktur des (non-)formalen Bildungssystems, in denen der überwiegende Teil institutionalisierter Lehr-Lern-Prozesse stattfindet. Der Indikator beschreibt diese Bildungsinfrastruktur für die Bereiche frühe Bildung<sup>G</sup>, allgemeinbildende und berufliche Schulen sowie Hochschulen anhand ausgewählter Kennzahlen zur Anzahl der Einrichtungen und Bildungsteilnehmenden sowie deren Entwicklung im Zeitverlauf. Vertiefend wird auf die Aufteilung nach öffentlicher und freier Trägerschaft<sup>G</sup> sowie bei den Kindertageseinrichtungen und allgemeinbildenden Schulen auf deren Erreichbarkeit eingegangen. Außerschulische und non-formale Bildungseinrichtungen werden aufgrund der besonderen Datenlage an anderer Stelle behandelt (vgl. **D6, G1**).

### Bildungseinrichtungen in der frühen Bildung, im Schulbereich und Hochschulbereich in Deutschland

Im Jahr 2024 besuchten in Deutschland rund 18,0 Millionen Bildungsteilnehmende etwa 105.100 Bildungseinrichtungen (**Tab. B1-1web, Tab. B4-1web**). Gegenüber 2014 erhöhte sich die Zahl der Bildungseinrichtungen damit um rund 5.300 bzw. 5 %. Auch die Zahl der Bildungsteilnehmenden nahm in diesem Zeitraum zu, insbesondere in Kindertageseinrichtungen (einschließlich der Einrichtungen für Schulkinder, +17 %), in den allgemeinbildenden Schulen (+7 %) und an Hochschulen<sup>1</sup> (+7 %). An den beruflichen Schulen (ohne Schulen des Gesundheitswesens<sup>M</sup>) ging sie seit 2014 deutlich zurück (–10 %; **Abb. B1-1**).

#### Ausbau des Angebots an Kindertageseinrichtungen hält an, trotz erstmaligen Rückgangs der betreuten Kinder

Im Jahr 2024 zeigten sich in der frühen Bildung erstmals die Auswirkungen des seit 2022 zu beobachtenden Geburtenrückgangs (vgl. **A1**). Die Zahl der in Kindertageseinrichtungen betreuten Kinder sank erstmals seit Beginn der langjährigen Ausbauphase gegenüber dem Vorjahr, wenn auch nur leicht um 13.000 bzw. 1 %. In Ostdeutschland fiel die Abnahme – bedingt durch den dort stärkeren Geburtenrückgang – mit 3 % deutlicher aus. Zugleich stagnierte dort die Zahl der Kindertageseinrichtungen, während das Angebot in Westdeutschland nochmals um rund 400 Einrichtungen im Vergleich zum Vorjahr ausgebaut wurde (+1 %; **Tab. B1-3web, Tab. B1-4web**). Damit zeichnet sich nach einem über Jahre anhaltenden Ausbau der Kindertagesbetreuung eine Abschwächung der Dynamik ab. In den vergangenen 10 Jahren ist die Zahl der Kindertageseinrichtungen um 12 % auf rund 61.000 gestiegen (**Abb. B1-1**; vgl. **C2**). Getrieben wurde dieser Ausbau durch den steigenden institutionellen Betreuungsbedarf (vgl. **C4**) sowie den seit 2013 bestehenden Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem vollendeten ersten Lebensjahr.

#### Anstieg der Zahl der Grundschulen bleibt hinter dem der Grundschüler:innenzahl zurück

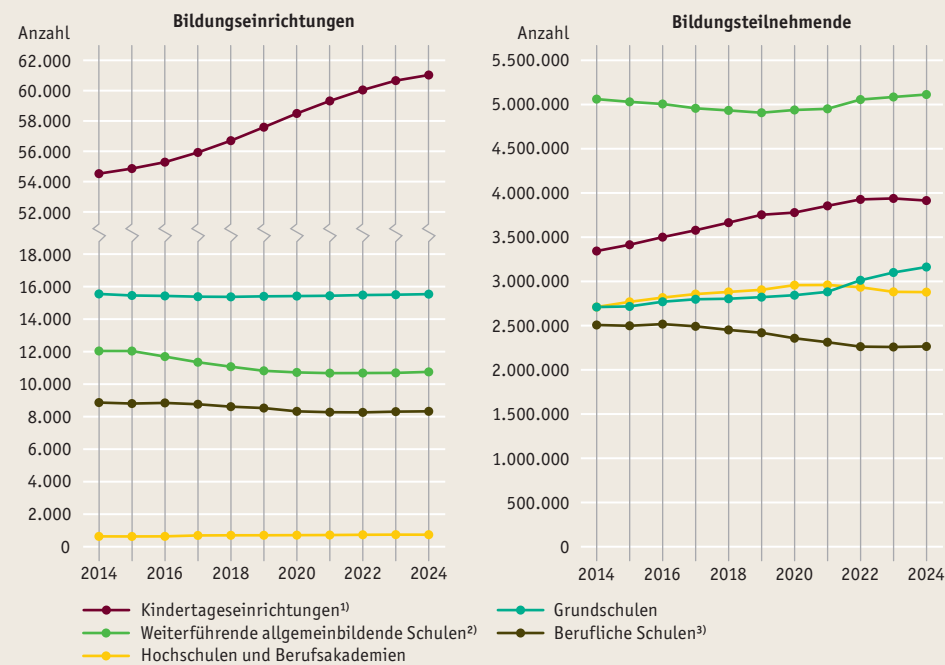
Auch im Schulbereich zeigen sich demografisch und strukturell bedingte langfristige Veränderungen (vgl. **D1**). Im Primarbereich nahm die Zahl der Grundschüler:innen seit 2015 wieder kontinuierlich zu – zunächst infolge der Fluchtzuwanderung ab 2014, steigender Geburtenzahlen zwischen 2012 und 2016 und zuletzt verstärkt durch die Zuwanderung ukrainischer Geflüchteter ab 2022. Die Zahl der Grundschulen steigt jedoch erst seit 2019 wieder leicht an. Entsprechend ist seit rund 10 Jahren ein kontinuierliches Anwachsen der durchschnittlichen Grundschulgröße zu beobachten (**Tab. B1-5web**).

#### Stabilisierung der Schulzahlen im Sekundarbereich nach Konsolidierungsphase

Im Sekundarbereich folgte auf eine Phase struktureller Konsolidierung seit 2022 eine deutliche Stabilisierung der Schulzahlen. Die Zahl der weiterführenden allge-

<sup>1</sup> Wenn von Hochschulen sowie deren Standorten gesprochen wird, so sind in diesem Kapitel auch die Berufsakademien sowie deren Standorte gemeint. Im Wintersemester 2024/25 entfielen auf die Berufsakademien 6 % der Standorte und 0,4 % der Studierenden im Bereich Hochschulen und Berufsakademien.

**Abb. B1-1: Entwicklung der Anzahl der Bildungseinrichtungen\* und der Bildungsteilnehmenden nach Bildungsbereichen 2014/15 bis 2024/25**



\* Für die Hochschulen wird die Anzahl der Standorte und nicht die Anzahl der Einrichtungen berichtet.  
 1) Kindertageseinrichtungen inklusive Einrichtungen für Schulkinder.  
 2) Weiterführende allgemeinbildende Schulen inklusive Hauptschulen, Realschulen, Schulen mit mehreren Bildungsgängen und Gymnasien, ohne Förderschulen.  
 3) Berufliche Schulen inklusive Berufsvorbereitungsjahr und Berufsgrundbildungsjahr, ohne Schulen des Gesundheitswesens.  
 Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik<sup>D</sup>, Schulstatistik<sup>D</sup>, Hochschulstatistik<sup>D</sup>, Berufsakademiestatistik<sup>D</sup>  
 → Tab. B1-1web, Tab. B1-2web

meinbildenden Schulen war bis 2021 vor allem infolge der Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen in Schulen mit mehreren Bildungsgängen bei weitgehend konstanter Zahl an Gymnasien zurückgegangen (vgl. D1). Auch bei den beruflichen Schulen wurde 2022 der Rückgang gestoppt. Seitdem blieb die Zahl der beruflichen Schulen nahezu unverändert, ebenso wie die zuvor rückläufigen Schüler:innenzahlen.

Der Ausbau des Hochschulbereichs (einschließlich der Berufsakademien) der letzten Jahre ist – gemessen an der Anzahl der Hochschulstandorte <sup>M</sup> – 2024 vorerst zum Stillstand gekommen (vgl. F1). Gegenüber 2014 stieg die Zahl der Standorte zwar um 17 % auf 718 (Tab. B1-1web).<sup>2</sup> Nach langjährigem kontinuierlichem Wachstum ist die Studierendenzahl seit 2022 jedoch rückläufig (Tab. B1-2web) und 2024 ging erstmals auch die Zahl der Hochschulstandorte leicht zurück.

**Hochschulausbau vorerst gestoppt**

Das Bildungsangebot in Deutschland wurde 2024 weiterhin überwiegend von Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft bereitgestellt (54 %). Zwischen den Bildungsbereichen bestehen jedoch große Unterschiede im Anteil von Einrichtungen in freier Trägerschaft: Besonders hoch ist er bei den Kindertageseinrichtungen (67 %), gefolgt von den Hochschulen (43 %) und den beruflichen Schulen (25 %). Bei den allgemeinbildenden Schulen ist er am geringsten (12 %; Tab. B1-1web, Tab. B1-6web, vgl. D1). Diese Verteilung spiegelt jedoch nicht unmittelbar die Bedeutung von Einrichtungen in freier Trägerschaft gemessen an der Zahl der Bildungsteilnehmenden wider. Während sich bei den Kindertageseinrichtungen die Anteile der Einrichtungen in freier Trägerschaft und der dort betreuten Kinder weitgehend decken, liegt der

**Zunahme freier Trägerschaft vor allem im Hochschulbereich**

2 Diese Werte unterscheiden sich von Angaben in Kapitel F, da dort Standorte der Berufsakademien nicht mitgezählt werden.

Teilnehmendenanteil in den anderen Bildungsbereichen aufgrund der durchschnittlich kleineren Größe von Schulen und Hochschulen in freier Trägerschaft deutlich unter dem jeweiligen Einrichtungsanteil (**Tab. B1-6web, Tab. B1-8web, Tab. B1-10web**). Besonders deutlich ist diese Diskrepanz im Hochschulbereich: Rund 43 % der Hochschulstandorte befinden sich mittlerweile in freier Trägerschaft, dort sind aber nur 15 % aller Studierenden eingeschrieben (vgl. **F1**). Gegenüber 2014 ist sowohl der Anteil von Einrichtungen in freier Trägerschaft als auch ihr Anteil an allen Bildungsteilnehmenden insgesamt um rund 2 Prozentpunkte gestiegen. Der Zuwachs bei den Bildungsteilnehmenden ist nahezu ausschließlich auf den Hochschulbereich zurückzuführen, wo der Anteil der Hochschulstandorte in freier Trägerschaft am stärksten zunahm (+6 Prozentpunkte). An allgemeinbildenden und beruflichen Schulen blieb ihr Anteil trotz leicht steigender Einrichtungsanteile nahezu stabil, im Elementarbereich ging er leicht zurück.

### Regionale Unterschiede im Bildungsangebot

Um regionale Unterschiede im Bildungsangebot sichtbar zu machen, werden Kreise und kreisfreie Städte zu 6 Kreistypen<sup>M</sup> mit ähnlichen demografischen, sozialen, wirtschaftlichen und siedlungsstrukturellen Rahmenbedingungen zusammengefasst (Velimsky et al., 2026; **Abb. B1-3web**). Eine Beschreibung der Kreistypen findet sich in **Tab. B1-13web**. Die Betrachtung nach Kreistypen zeigt, dass sich die Bildungsinfrastruktur zwischen 2014 und 2024 regional unterschiedlich entwickelt hat.

Die Zahl der Kindertageseinrichtungen nahm in allen Kreistypen zu, besonders stark in strukturstarken west- und süddeutschen Landkreisen (+18 %; **Tab. B1-14web**) sowie in west- und süddeutschen Landkreisen mit industrieller Prägung (+15 %). Im Schulbereich zeigen sich Unterschiede zwischen Grundschulen und weiterführenden allgemeinbildenden Schulen: Während die Zahl der Grundschulen in den meisten Kreistypen vergleichsweise stabil blieb, gingen die weiterführenden allgemeinbildenden Schulen in den meisten Kreistypen zurück – besonders deutlich in west- und süddeutschen Landkreisen mit Rückgängen von bis zu 16 %. Leichte Zuwächse zeigten sich dagegen in sehr strukturstarken Großstädten und großstadtnahen Kreisen. Die Zahl beruflicher Schulen nahm in allen Kreistypen ab. Hochschulstandorte verzeichneten dagegen überall Zuwächse, besonders deutlich in ostdeutschen kreisfreien Städten (+44 %, bei geringerem Ausgangsniveau) und in sehr strukturstarken Großstadtreionen (+26 %).

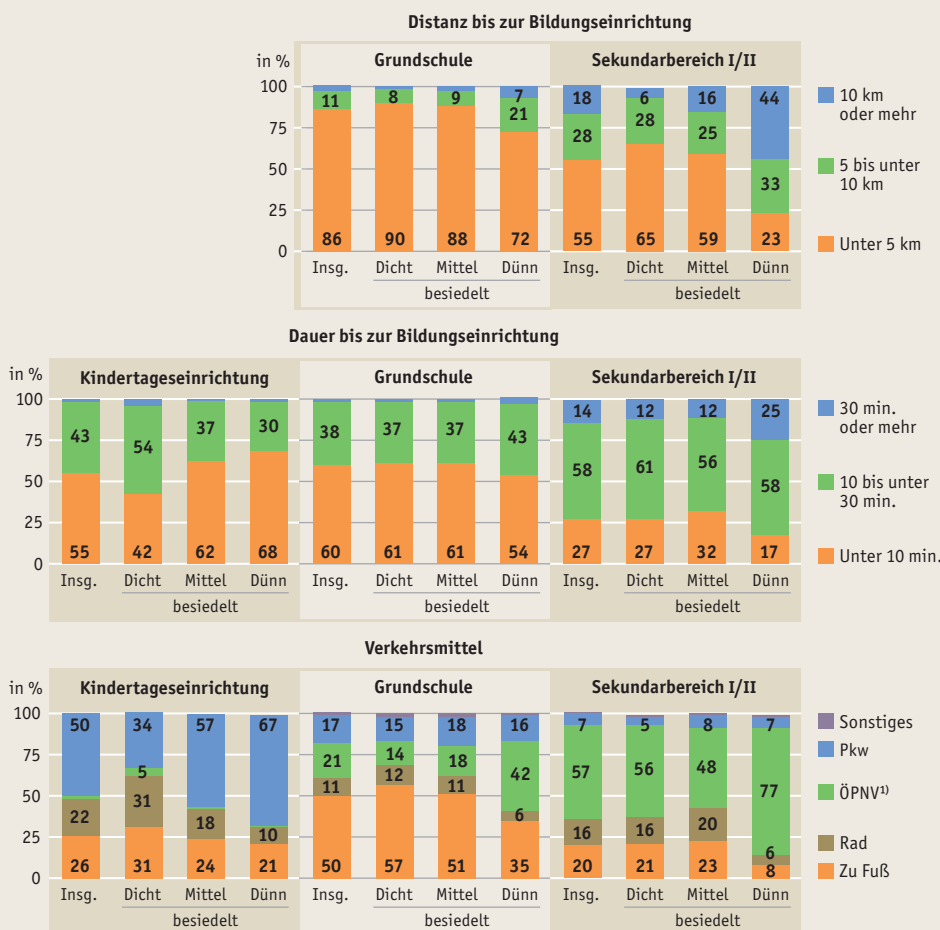
### Erreichbarkeit von Kindertageseinrichtungen und allgemeinbildenden Schulen

#### Kita-Erreichbarkeit häufig Pkw-abhängig

Die Erreichbarkeit von Bildungseinrichtungen ist ein zentraler Aspekt der Bildungsinfrastruktur (**Abb. B1-2**).<sup>3</sup> Laut DJI-Kinderbetreuungsstudie<sup>D</sup> benötigte 2024 weniger als die Hälfte der Kinder mehr als 10 Minuten für den Weg zur Kindertageseinrichtung; Wegezeiten über 30 Minuten bildeten die Ausnahme. Entgegen der Erwartung längerer Wegezeiten in dünn besiedelten Gebieten<sup>M</sup> – in denen 2024 rund 19 % der Kinder lebten – wurden Kindertageseinrichtungen dort schneller erreicht als in dichter besiedelten Gebieten. Dies dürfte weniger auf kürzere Distanzen als auf die überwiegende Nutzung des Autos zurückzuführen sein, während der Weg in dicht besiedelten Gebieten mehrheitlich zu Fuß oder mit dem Rad zurückgelegt wurde.

<sup>3</sup> Die Analyse bezieht sich ausschließlich auf Kindertageseinrichtungen und allgemeinbildende Schulen. In der beruflichen Bildung und im Hochschulbereich wechseln Bildungsteilnehmende für den Besuch einer Bildungseinrichtung häufig auch den Wohnort, sodass entsprechende Angaben weniger aussagekräftig wären. Für Kindertageseinrichtungen beziehen sich die Ergebnisse auf die DJI-Kinderbetreuungsstudie, in der die Distanz zur Kindertageseinrichtung nicht erfasst wurde (Wieschke et al., i. E.).

**Abb. B1-2: Weg zur besuchten Kindertageseinrichtung und allgemeinbildenden Schule nach Distanz, Dauer, Verkehrsmittel und Stadt-Land-Gliederung M 2024 (in%)**



1) ÖPNV inklusive Schulbus.

Quelle: KiBS <sup>1)</sup>, Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2024 <sup>2)</sup>

→ Tab. B1-18web

Für den Grundschulbereich zeigt der Mikrozensus 2024 insgesamt ein überwiegend wohnortnahes oder gut angebundenes Schulangebot. Nur wenige Kinder lebten weiter als 5 km von ihrer Grundschule entfernt. Selbst in dünn besiedelten Gebieten erreichte die Mehrheit diese in unter 10 Minuten und Wegezeiten von mehr als 30 Minuten sind selten. Mit der Siedlungsdichte verändert sich allerdings die Art des Schulwegs: In städtischen Räumen gingen mehr Kinder zu Fuß zur Schule oder fuhren mit dem Fahrrad. In ländlichen Räumen wurde dies – anders als in der frühen Bildung – nicht durch eine stärkere Autonutzung kompensiert, sondern durch den öffentlichen Personennahverkehr oder Schulbusse. Im Sekundarbereich I und II sind wohnortnahe Angebote an allgemeinbildenden Schulen dagegen zwangsläufig deutlich seltener. Insbesondere in dünn besiedelten Regionen nehmen sowohl Distanzen als auch Wegezeiten spürbar zu. Dort benötigte rund ein Viertel der Schüler:innen mehr als 30 Minuten für den Schulweg, der überwiegend mit dem Personennahverkehr zurückgelegt wurde.

**Überwiegend wohnortnahes oder gut angebundenes Angebot an Grundschulen – auch in ländlichen Räumen**

**Längere Wege zu weiterführenden Schulen – in ländlichen Regionen dominiert der ÖPNV**



## Methodische Erläuterungen

### Bildungseinrichtungen

Betrachtet werden Kindertageseinrichtungen, allgemeinbildende und berufliche Schulen sowie Hochschulen. Sofern es sich nicht um berufliche Schulen handelt, werden Einrichtungen der Aufstiegsfortbildungen für höhere berufliche Abschlüsse (z. B. Meister:in, Fach- oder Betriebswirt:in) aufgrund fehlender Daten nicht betrachtet. Schulen des Gesundheitswesens werden zur Gesamtzahl der Bildungseinrichtungen gezählt, aber nicht zu den beruflichen Schulen, da mangels Auskunftsspflicht für diese Schulen von einer Unterfassung mit jährlichen Schwankungen auszugehen ist. Zu den Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft zählen Einrichtungen kirchlicher, freier gemeinnütziger und gewerblicher Träger. Die Einrichtungen werden nach bereichsspezifischen Kriterien abgegrenzt. Dabei gelten insbesondere im Schulbereich teilweise länderspezifische Regelungen zur Schulorganisation (z. B. Organisationseinheit, Niederlassungen, Grad der Zusammenfassung von mehreren Schularten in einer Schule bis hin zur Verwaltungseinheit). Hochschulen mit mehreren Hochschulstandorten werden mehrfach gezählt. Nicht betrachtet werden aufgrund der besonderen Datenlage Weiterbildungseinrichtungen (vgl. **G1**), informelle Lernorte (vgl. **D6**) und Ausbildungen im betrieblichen Bereich (vgl. **E2**).

### Zahl der Hochschulen und Hochschulstandorte

Anders als im Indikator **F1** geht es an dieser Stelle um Hochschulstandorte. Bei Hochschulen mit mehreren Standorten werden diese gezählt, um die regionale Verfügbarkeit von Bildungsangeboten abzubilden. Dadurch sowie aufgrund der unterschiedlichen Berücksichtigung der Verwaltungsfachhochschulen und der Berufsakademien ergeben sich Abweichungen zwischen **B1** und **F1**.

### Kreistypisierung

In einer Kreistypisierung wurden Kreise und kreisfreie Städte zusammengeführt, deren Rahmenbedingungen für Bildung in Bezug auf Demografie, soziale Lage, Wirtschaftsstruktur sowie Siedlungsstruktur und räumliche Lage ähnlich sind (Velismky et al., 2026). Ausgewählt wurden Rahmenbedingungen, für die sich nach theoriebegründeten Erwartungen gezeigt hat, dass sie mit Bildungsmerkmalen zusammenhängen. Als Bildungsmerkmale wurden die Betreuungsquote für unter 3-Jährige, der Anteil der Schulabgänger:innen ohne Ersten Schulabschluss, der Anteil der Absolvent:innen

mit allgemeiner Hochschulreife an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, die Vertragsauflösungsquote, der Anteil der Beschäftigten mit akademischem Abschluss sowie Unterrichtsstunden an VHS je Einwohner:in herangezogen. Ziel ist es, an dieser Stelle mit der Kreistypisierung eine verdichtete Beschreibung der Kreise in Bezug auf Bildungsmerkmale wie die Bildungsbeteiligung (**B4**) und den Bildungsstand (**B5**) zu ermöglichen, sodass möglichst große Differenzen zwischen den Kreistypen und möglichst geringe Unterschiede innerhalb der Kreistypen auftreten. Die Anzahl der Kreistypen wurde entsprechend dem Elbow-Kriterium festgelegt. Als strukturstärker werden Kreistypen beschrieben, deren Rahmenbedingungen von größeren finanziellen Handlungsmöglichkeiten der Kommunen und der Bevölkerung geprägt sind (z. B. eine höhere Gewerbesteuer, ein höheres BIP, höhere Einkommen je Einwohner:in oder niedrigere Arbeitslosenquoten) oder in denen die Übergänge von beruflicher Ausbildung oder Hochschulbildung bei niedrigerer Arbeitslosigkeit und Stagnation bis Zuwachs des Dienstleistungssektors stattfinden. Als strukturschwächer werden Kreistypen bezeichnet, die umgekehrt engere finanzielle Handlungsmöglichkeiten aufweisen (z. B. eine niedrigere Gewerbesteuer, niedrigeres BIP, niedrigeres Einkommen je Einwohner:in oder höhere Arbeitslosenquoten) oder in denen die Übergänge von Absolvent:innen von beruflicher oder Hochschulbildung ins Berufsleben vor dem Hintergrund eines stärkeren Rückgangs des industriellen Sektors oder des Dienstleistungssektors und höherer Arbeitslosigkeit erfolgen (Velismky et al., 2026). Innerhalb der Kreise und kreisfreien Städte können zwar noch Unterschiede zwischen Gemeinden bestehen, allerdings ist mit der regionalen Ebene der Kreise auch eine politische Handlungsebene angesprochen.

### Stadt-Land-Gliederung nach Eurostat

Die Stadt-Land-Gliederung nach Eurostat ist eine europaweit harmonisierte Klassifikation, die Gemeinden auf Basis von Bevölkerungsdichte und Siedlungsstruktur einer von 3 Kategorien zuordnet: dicht besiedelte Gebiete (Städte), mittel besiedelte Gebiete (städtische Verdichtungsräume sowie Vororte) und dünn besiedelte Gebiete (ländliche Räume). Die Zuordnung erfolgt anhand eines 1-km<sup>2</sup>-Rasters, das zusammenhängende Siedlungscluster identifiziert und damit eine vergleichbare Abgrenzung von urbanen und ländlichen Räumen über Ländergrenzen hinweg ermöglicht.

## Bildungspersonal

Zuletzt im Bildungsbericht 2024 als B2

B  
2

Das Personal in Einrichtungen der frühen Bildung<sup>G</sup>, an Schulen sowie Hochschulen bestimmt maßgeblich, in welchem Umfang Bildungsangebote bereitgestellt und pädagogische Aufgaben wahrgenommen werden können. Der Indikator beschreibt Umfang und Struktur dieses Bildungspersonals<sup>M</sup> mit besonderem Fokus auf die hohe Teilzeitquote und ordnet die Personalstruktur im internationalen Vergleich ein. Darüber hinaus werden pädagogische Berufe innerhalb und außerhalb des Bildungswesens<sup>M</sup> sowie die Bedeutung der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen für die Bereiche frühe Bildung und Schulen betrachtet.

### Personal in der frühen Bildung, an Schulen und Hochschulen im Überblick

Die Zahl der im Bildungswesen Beschäftigten wächst kontinuierlich weiter. Gleichwohl besteht in zentralen Bereichen der frühen Bildung (Autor:innengruppe Fachkräftebarometer, 2025) und der Schulen (KMK, 2025b: vgl. **D4**) weiterhin ein erheblicher Mangel an Personal- bzw. Arbeitszeitkapazitäten. Nach den international vergleichbaren Abgrenzungen der Bildungspersonalrechnung<sup>D</sup> waren im Jahr 2024 insgesamt rund 2,9 Millionen Menschen in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (918.700), an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen (1.177.700) sowie an Hochschulen (758.800) beschäftigt (**Tab. B2-1web**). Gegenüber 2014 entspricht dies einem Zuwachs von knapp einer halben Millionen Beschäftigten (+21 %); (**Tab. B2-2web**). Auch umgerechnet in Vollzeitäquivalente<sup>G</sup> zeigt sich ein deutlicher Anstieg (+19 %). Damit waren im Jahr 2024 rund 7 % aller Erwerbstätigen im Bildungswesen tätig, das damit einen bedeutsamen Beschäftigungsbereich des Arbeitsmarkts darstellt und noch unterschätzt wird, da das Ausbildungspersonal in Betrieben sowie das Personal in der Weiterbildung nicht mitgerechnet werden.<sup>4</sup>

**Das Wachstum des Bildungspersonalbestands setzt sich weiter fort**

**7 % aller Erwerbstätigen arbeiten in Bildungseinrichtungen**

Das Wachstum beim Bildungspersonal in den letzten 10 Jahren ist in erster Linie auf die frühe Bildung (+45 %, +283.400 Beschäftigte) sowie die Hochschulen<sup>5</sup> (+18 %, +117.300) zurückzuführen. Diese Entwicklungen spiegeln sowohl die Expansion der Hochschulen (vgl. **F3**) als auch den Ausbau der frühen Bildung und deren gestiegene Inanspruchnahme (**B4**, vgl. **C2/C4**) wider. Diese Dynamik dürfte sich jedoch mittelfristig abschwächen: Zwar hält das Beschäftigungswachstum in der frühen Bildung trotz des rückläufigen Betreuungsbedarfs infolge des 2022 einsetzenden Geburtenrückgangs bislang an (vgl. **A1, B1**); es hat sich zuletzt jedoch verlangsamt. Zudem ist seit 2022 die Zahl der Anfänger:innen in der Erzieher:innenausbildung rückläufig (vgl. **E3**). Im Schulbereich verlief die Entwicklung je nach Schulart unterschiedlich: Während die Zahl der Beschäftigten an allgemeinbildenden Schulen zwischen 2014 und 2024 um 14 % (+120.700) zunahm, war sie an beruflichen Schulen rückläufig (-6 % bzw. 6.400 Beschäftigte weniger), was im Zusammenhang mit dem Rückgang der beruflichen Schulen (**B1**) sowie der Teilnehmer:innenzahlen in beruflichen Bildungsgängen (**B4**) steht.

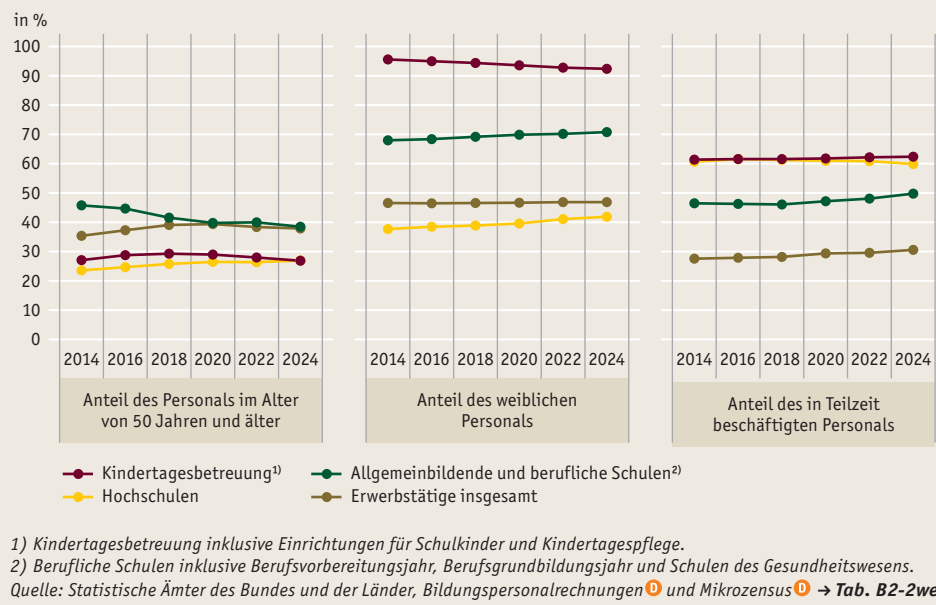
### Struktur des pädagogischen und wissenschaftlichen Personals in der frühen Bildung, an Schulen und Hochschulen

Für die Personalkapazität im Bildungswesen sind neben der Zahl der Beschäftigten auch deren Aufgaben und Arbeitszeitumfänge relevant. Gemäß der internationalen

<sup>4</sup> Zur Weiterbildung liegen keine vergleichbaren Daten vor (vgl. **G3**).

<sup>5</sup> Im Hochschulbereich wird auch das Personal aus der Forschung und der Krankenbehandlung an Hochschulkliniken zum Bildungspersonal gezählt.

**Abb. B2-1: Struktur des pädagogischen und wissenschaftlichen Personals in Bildungseinrichtungen nach Alter, Geschlecht und Teilzeit im Vergleich zu allen Erwerbstätigen 2014 bis 2024 (in %)**



Systematik der Bildungspersonalrechnung wird das Bildungspersonal nach pädagogischem (bzw. im Hochschulbereich auch nach wissenschaftlichem) sowie sonstigem Personal unterschieden. Der Anteil des Personals im Bildungswesen, das pädagogische oder wissenschaftliche Aufgaben wahrnimmt, hat sich zwischen 2014 und 2024 kaum verändert. In der frühen Bildung sowie an Schulen entfallen jeweils mehr als 80 % des Personals auf pädagogische bzw. wissenschaftliche Aufgaben, an Hochschulen weniger als 60 % (Tab. B2-2web).

**Hohe Teilzeitquote  
beim Bildungspersonal  
unabhängig  
vom Geschlecht**

Teilzeitbeschäftigung<sup>6</sup> ist beim pädagogischen und wissenschaftlichen Personal im Bildungswesen mit 56 % deutlich verbreiteter als unter Erwerbstätigen insgesamt und begrenzt insbesondere in der frühen Bildung und an Schulen das Arbeitszeitvolumen zur Deckung des Personalbedarfs<sup>6</sup>. Ein wesentlicher Erklärungsfaktor ist der hohe Frauenanteil in diesen Bildungsbereichen, weil Frauen – insbesondere Mütter – häufiger in Teilzeit arbeiten als Männer und Väter (vgl. A3). Gleichzeitig ist auch das männliche Bildungspersonal in der frühen Bildung und an Schulen deutlich häufiger in Teilzeit beschäftigt als männliche Erwerbstätige insgesamt. Als Gründe für die Teilzeitbeschäftigung nannten im Mikrozensus 2024 rund zwei Drittel der pädagogischen Teilzeitkräfte in der frühen Bildung und an Schulen andere Verpflichtungen – etwa die Betreuung von Kindern oder die eigene Ausbildung – sowie gesundheitliche Gründe (Tab. B2-6web). Anders als an den Hochschulen spielen fehlende Vollzeitstellen kaum eine Rolle. Rund ein Viertel nannte keine der im Mikrozensus erfassten strukturellen oder persönlichen Gründe, sondern gab an, freiwillig in Teilzeit arbeiten zu wollen. Diese Gruppe weist möglicherweise auf ein vergleichsweise leichter und kurzfristig erschließbares Beschäftigungspotenzial hin (SWK, 2024a).

**Bei jeder 4. Teilzeitkraft in  
der frühen Bildung und an  
Schulen sprechen keine  
familialen oder gesund-  
heitlichen Gründe gegen  
eine Vollzeitbeschäftigung**

Die Altersstruktur des pädagogischen und wissenschaftlichen Personals unterscheidet sich deutlich zwischen den Bildungsbereichen. In der frühen Bildung sowie an Hochschulen ist jeweils nur etwas mehr als ein Viertel des pädagogischen und

<sup>6</sup> Daten zum exakten Stundenvolumen liegen nicht vor, sodass eine genauere Bestimmung des Beschäftigungspotenzials bei Teilzeitbeschäftigten nicht möglich ist.

wissenschaftlichen Personals 50 Jahre oder älter (**Abb. B2-1**). An Schulen liegt dieser Anteil mit 39 % hingegen deutlich höher (vgl. **D4**) und entspricht damit in etwa dem Anteil bei den Erwerbstätigen insgesamt. Ein wesentlicher Anteil der Lehrkräfte wird daher in den nächsten Jahren sukzessive aus dem Schuldienst ausscheiden. Dies betrifft in besonderem Maße Ostdeutschland, wo der Anteil der ab 50-Jährigen um 11 Prozentpunkte über dem Anteil der westdeutschen Länder liegt.

**Personal im Schuldienst deutlich älter im Vergleich zu den anderen Bildungsbereichen**

## Personalstruktur im internationalen Vergleich


Auch im internationalen Vergleich weist Deutschland eine hohe Teilzeitquote beim pädagogischen Personal in der frühen Bildung und an Schulen auf, die sich nicht durch die Geschlechterstruktur erklären lässt. Im Primarbereich lag die Teilzeitquote in Deutschland 2023 sogar mehr als doppelt so hoch wie im EU-Durchschnitt (**Tab. B2-7web**). Dies ist jedoch kein bildungsspezifisches Phänomen, sondern spiegelt auch die insgesamt überdurchschnittlich verbreitete Teilzeitbeschäftigung in Deutschland wider, insbesondere bei Frauen (Eurostat, 2025). Steuerliche Anreize wie das Ehegattensplitting begünstigen Teilzeitbeschäftigung in Deutschland, während eine im internationalen Vergleich weniger durchgängige Ganztagsbetreuung und -beschulung Teilzeitarbeit häufig erforderlich macht (vgl. **A3**). Hinsichtlich der Geschlechterverteilung beim Bildungspersonal zeigt sich international ein ähnliches Muster. Der Frauenanteil liegt in der frühen Bildung meist über 90 % und sinkt mit höheren Bildungsstufen bis unter 50 % im Tertiärbereich (**Tab. B2-8web**). Auffällig ist jedoch, dass sich in Deutschland der Anteil des männlichen pädagogischen Personals in der frühen Bildung in den letzten 10 Jahren von einem sehr niedrigen Niveau (3 %) stetig auf 6 % erhöht hat und damit inzwischen leicht über dem EU-Durchschnitt liegt. Bei der Altersstruktur liegt Deutschland mit dem Anteil der ab 50-Jährigen in allen Bildungsbereichen im internationalen Mittelfeld (**Tab. B2-9web**).

**Auch im internationalen Vergleich hohe Teilzeitquote des Bildungspersonals in Deutschland**

## Bildungspersonal innerhalb und außerhalb von Bildungseinrichtungen

Pädagogische Berufe werden nicht nur in Einrichtungen der frühen Bildung, der Schulen und Hochschulen ausgeübt, sondern auch in beträchtlichem Umfang im Bereich der Weiterbildung, wie etwa an den Volkshochschulen. Darüber hinaus arbeiten viele pädagogische Beschäftigte auch in Wirtschaftszweigen außerhalb der Bildung, etwa als Ausbildungspersonal der dualen Ausbildung in Betrieben (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung, 2024; vgl. **E4**). Als pädagogisch werden hier solche Berufe definiert, die nach Klassifikation der Berufe einen erzieherischen, lehrenden oder forschenden Schwerpunkt aufweisen. Laut Mikrozensus gingen im Jahr 2024 insgesamt 2,4 Millionen Beschäftigte in einem der Wirtschaftszweige mit Bildungsschwerpunkt und 600.000 Beschäftigte außerhalb dieser Wirtschaftszweige einem pädagogischen Beruf nach (**Tab. B2-10web**). Hier stieg die Zahl der Beschäftigten im Vergleich zu 2022 um 11 % und damit stärker als die Zahl der Beschäftigten in pädagogischen Berufen insgesamt (5 %).

**Bildungspersonal außerhalb von Bildungseinrichtungen wächst weiter**

Zum pädagogischen Personal in Bildungseinrichtungen insgesamt zählen mit 16 % seltener Beschäftigte mit Einwanderungsgeschichte  als unter allen Erwerbstätigen (23 %; **Tab. B2-11web**). Zwischen den Bildungsbereichen zeigen sich dabei deutliche Unterschiede: In der frühen Bildung liegt der Anteil bei 20 %, an allgemeinbildenden Schulen und der beruflichen Ausbildung mit 11 bzw. 9 % hingegen deutlich niedriger, während er im Hochschul- und Weiterbildungsbereich sowie in pädagogischen Berufen außerhalb von Bildungseinrichtungen mit 22 bis 27 % vergleichsweise hoch ist (**Tab. B2-11web**). Diese Unterschiede legen nahe, dass die geringere Repräsentation von Personen mit Einwanderungsgeschichte im Schuldienst weniger mit pädagogischen Tätigkeiten an sich zusammenhängt, sondern auch auf institutionelle Zugangsbedin-

**Personen mit Einwanderungsgeschichte im Schuldienst deutlich unterrepräsentiert**

gungen verweist. Dazu zählen z.B. sprachliche Anforderungen sowie formale Anerkennungsverfahren ausländischer Qualifikationen, die den Zugang zum Schuldienst für Personen mit Einwanderungsgeschichte erschweren können.

## Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen von Bildungspersonal

**Ausländische Qualifikationen von Erzieher:innen und Lehrkräften werden in Deutschland nur selten als voll gleichwertig anerkannt**

Zur Deckung des Fachkräftebedarfs im Bildungswesen kann die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte beitragen. Voraussetzung für eine Tätigkeit als Erzieher:in in einer Kindertageseinrichtung oder als Lehrkraft im Schuldienst ist die gleichwertige Anerkennung der ausländischen Qualifikation. Von den rund 3.000 abgeschlossenen Anerkennungsverfahren für Erzieher:innen im Jahr 2024 wurden 23 % als voll gleichwertig anerkannt; bei den etwa 3.200 Verfahren zu Lehramtsabschlüssen waren es nur 11 % (**Tab. B2-11web**). Ein partieller Berufszugang, der nur zur Ausübung bestimmter Tätigkeiten im Beruf berechtigt, oder die Auflage einer Ausgleichsmaßnahme wurden in rund 50 % der Verfahren für Erzieher:innen und in 78 % der Verfahren zu Lehramtsabschlüssen ausgesprochen. Art und Umfang der Ausgleichsmaßnahmen variieren zwischen den Ländern und reichen von einer einmaligen Einstellungsprüfung bis hin zu einem 3-jährigen Lehrgang (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung, 2024, D4). Die übrigen Anerkennungsverfahren wurden negativ beschieden. Der im Vergleich zu den reglementierten Berufen<sup>7</sup> insgesamt geringe Anteil voll gleichwertig anerkannter Qualifikationen (17 gegenüber 44 %) weist auf hohe Anerkennungshürden für zugewanderte Erzieher:innen und Lehrkräfte hin. Gleichzeitig entspricht die Zahl positiver Lehramtsverfahren (einschließlich solcher mit Auflagen) rund 9 % der jährlichen Neueinstellungen im öffentlichen Dienst (KMK, 2025a) und verdeutlicht damit ein quantitativ relevantes Potenzial zugewanderter Fachkräfte.

### Methodische Erläuterungen

#### Bildungspersonal

Bildungspersonal umfasst hier das Personal in Bildungseinrichtungen sowie Tagespflegepersonen und wird in pädagogisches bzw. wissenschaftliches und sonstiges Personal unterschieden. Zum pädagogischen und wissenschaftlichen Personal zählen Tagespflegepersonen, das im Gruppendienst tätige Personal in Kindertageseinrichtungen (ohne Personen in Berufsausbildung), Lehrkräfte und unterstützendes Personal an Schulen (u. a. Sozialpädagog:innen, Sozialarbeiter:innen) sowie das wissenschaftliche und künstlerische Personal an Hochschulen. Das sonstige Personal umfasst Leitungs-, Verwaltungs- und hauswirtschaftliches/technisches Personal an Kindertageseinrichtungen, Personal an Schulen unterhalb der Vergütungs- bzw. Besoldungsgruppe E9 bzw. A9, Verwaltungs- und technisches Personal an Hochschulen (ohne Personen in Berufsausbildung) sowie Personal in der Krankenbehandlung an Hochschulkliniken. Abweichungen gegenüber anderen Kapiteln können aus unterschiedlichen Personalabgrenzungen entstehen.

#### Pädagogisches Personal innerhalb und außerhalb von Bildung

Die Ermittlung des Bildungspersonals mit pädagogischen Berufen innerhalb und außerhalb von Bildungswirtschaftszweigen erfolgt auf Basis des Berufsmerkmals (Klassifikation der Berufe, KldB) und des Wirtschaftszweigs (WZ) der hauptsächlichen Tätigkeit im Mikrozensus. Pädagogische Berufe umfassen Berufe in früher Bildung, Schulen und Hochschulen, Lehrtätigkeiten an Volkshochschulen oder an Musikschulen. Berufe wie Sozialpädagogik und soziale Arbeit werden nicht berücksichtigt. Die Wirtschaftszweige innerhalb von Bildung umfassen Kindergärten und Vorschulen, Grundschulen, weiterführende Schulen, den tertiären und postsekundären nichttertiären Unterricht und den sonstigen Unterricht. Außerhalb des Bildungssektors wurden im Tabellenanhang die Wirtschaftszweige abgebildet, in denen die meisten Personen mit pädagogischen Berufen tätig sind. Aufgrund methodischer Unterschiede sind die Ergebnisse nur eingeschränkt mit der Bildungspersonalrechnung vergleichbar.

<sup>7</sup> Der Zugang zu reglementierten Berufen ist durch Rechts- und Verwaltungsvorschriften festgelegt und nur mit Nachweis einer bestimmten Qualifikation möglich. Dazu zählen z. B. Ärzt:innen und Pflegefachkräfte (jeweils bundesrechtlich geregelt) sowie Ingenieur:innen, Lehrer:innen und Erzieher:innen (jeweils landesrechtlich geregelt).

# Bildungsausgaben

Zuletzt im Bildungsbericht 2024 als B3

B  
3

Aufgrund ihres großen Einflusses auf die Gestaltung der Bildungsprozesse sind die Ausstattung des Bildungswesens mit Finanzmitteln, deren Verteilung auf die einzelnen Bildungsbereiche und die Finanzierungsbeiträge von Bund, Ländern, Gemeinden sowie dem privaten Bereich wichtige Aspekte bildungspolitischer Diskussionen. Dabei spielen Themen wie die Verbesserung der Infrastruktur von Schulen, der Ausbau der Ganztagsbetreuung sowie die Stärkung von Chancengleichheit (z.B. Startchancen-Programm, vgl. H4) eine große Rolle. Die Bildungsausgaben stellen die dem Bildungssystem zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen dar. Sie umfassen sämtliche Bildungsbereiche inklusive der betrieblichen Ausbildung und der Weiterbildung, wobei auf die Ausgaben für die Weiterbildung in G4 noch näher eingegangen wird.

## Bildungsausgaben im Überblick

Die öffentlichen und privaten Ausgaben für Bildung fasst das Bildungsbudget <sup>D</sup> zusammen. Die Gesamtausgaben für das Bildungsbudget beliefen sich 2024 auf insgesamt 304,8 Milliarden Euro (Tab. B3-1web). Gegenüber 2014 sind die Bildungsausgaben in Deutschland nominal (nicht preisbereinigt) um 59 % und real (preisbereinigt) um 21 % gestiegen. In den Aufwendungen enthalten sind Mittel der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden, Ausgaben des privaten Bereichs (Organisationen ohne Erwerbzweck, private Haushalte und Unternehmen) sowie Zahlungen des Auslands (z.B. Drittmittel der EU im Hochschulbereich).

Das Bildungsbudget gliedert sich in 2 Teile. Budgetteil A (275,2 Milliarden Euro) stellt die Bildungsausgaben gemäß internationaler Abgrenzung dar. Diese umfassen die Ausgaben für das formale Bildungssystem <sup>G</sup>, berechnet nach internationalen Vorgaben. Den wesentlichen Anteil machen die Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft <sup>G</sup> vom Elementar- bis zum Tertiärbereich (ISCED 0–8) mit 250,4 Milliarden Euro aus, was 82 % des gesamten Bildungsbudgets und 91 % des Budgetteils A für Bildungseinrichtungen entspricht. Zusätzlich werden im Bildungsbudget die Ausgaben für Bildungsförderung (z.B. BAföG, Kindergeld für volljährige Bildungsteilnehmende) mit 15,0 Milliarden Euro sowie die Aufwendungen privater Haushalte für Bildungsgüter und -dienstleistungen außerhalb von Bildungseinrichtungen mit 9,8 Milliarden Euro berücksichtigt (z.B. Ausgaben für Nachhilfe und Lernmaterialien).

Ergänzt wird der internationale Teil des Bildungsbudgets (Budgetteil A) durch den nationalen Budgetteil B. Die darunter zusammengefassten Ausgaben werden allgemein als bildungsrelevant angesehen, sind jedoch in den internationalen Datenlieferungen nicht enthalten. 2024 beliefen sich die Gesamtausgaben in nationaler Abgrenzung auf 29,5 Milliarden Euro. Darin enthalten sind beispielsweise Mittel für Horte in öffentlicher und privater Trägerschaft (3,0 Milliarden Euro), Volkshochschulen und Einrichtungen der Jugendarbeit (zusammen 3,9 Milliarden) sowie Ausgaben des privaten und öffentlichen Bereichs für die betriebliche Weiterbildung (16,4 Milliarden Euro, vgl. G4).

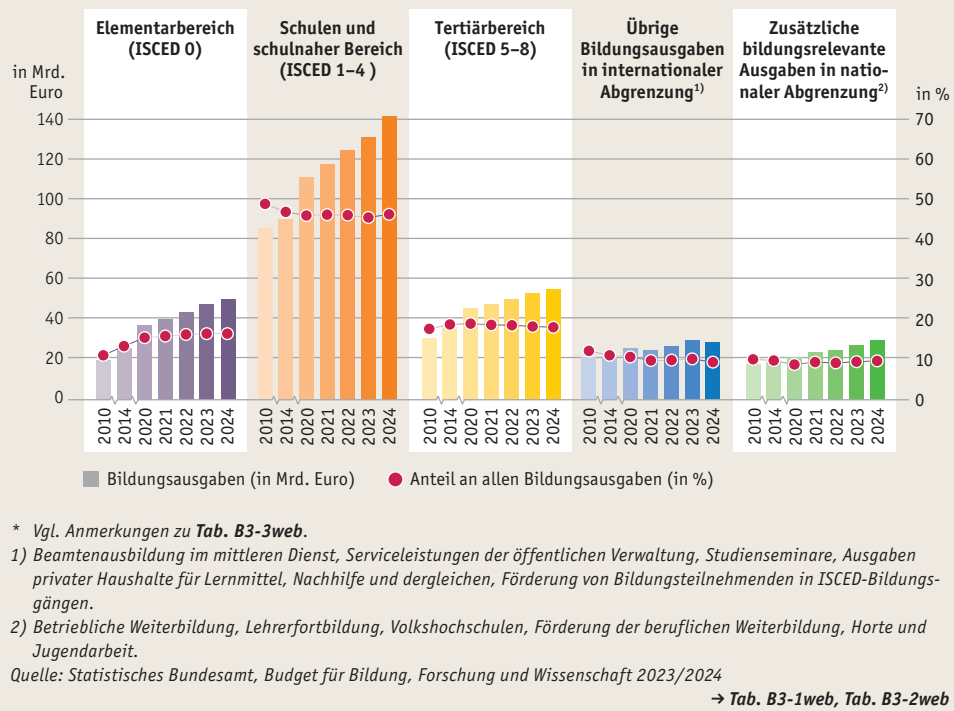
Betrachtet man die gesamten Bildungsausgaben, inklusive des nationalen Budgetteils B, in Relation zur Wirtschaftskraft, lag der Anteil des Bildungsbudgets am BIP im Jahr 2024 bei 7,0 % (Tab. B3-1web) und damit – nach zwischenzeitlichem Rückgang – wieder auf dem Niveau des pandemiebedingten Höchststands von 2020. In beiden Jahren ist der hohe Anteil jedoch weniger auf überproportional gestiegene Bildungsausgaben zurückzuführen als vielmehr auf ein gesunkenes bzw. deutlich schwächer gewachsenes nominales BIP.

**2024 wurden in Deutschland 305 Milliarden Euro für Bildung ausgegeben**

**82 % der Bildungsausgaben entfallen auf formale Bildungseinrichtungen**

**Private Haushalte geben 9,8 Milliarden Euro für Bildungsgüter und -dienstleistungen aus**

**Anteil der Bildungsausgaben am BIP 7,0 % im Jahr 2024**

**Abb. B3-1: Bildungsausgaben\* und deren Anteil nach Bildungsbereichen 2010, 2014 und 2020 bis 2024**

**Anteil der Ausgaben für Schulen und den schulnahen Bereich am Bildungsbudget bei 46 % im Jahr 2024**

Das Bildungsbudget spiegelt auch die Strukturverschiebungen zwischen den Bildungsbereichen wider. Besonders der Elementarbereich hat seit Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz ab dem 1. Lebensjahr in 2013 und durch verschiedene Investitionsprogramme zum Ausbau der Betreuungsinfrastruktur an Bedeutung gewonnen (**B1**, vgl. **C4**): Sein Anteil am Bildungsbudget stieg von 11 % im Jahr 2010 auf knapp 17 % in 2024, zuletzt aber nur noch geringfügig. Den größten Anteil machen weiterhin Schulen und der schulnahe Bereich mit 46 % aus. Ihr Anteil sank zwischen 2010 und 2020 um 3 Prozentpunkte infolge rückläufiger Schüler:innenzahlen, aber ist seitdem nahezu unverändert. Auf den Tertiärbereich entfielen 18 %. Die übrigen Bildungsausgaben gemäß internationaler sowie nationaler Abgrenzung kommen auf 9 % und rund 10 % (**Abb. B3-1**).

### Bildungsausgaben im internationalen Vergleich

**Ausgaben je Bildungsteilnehmenden über internationalem Durchschnitt**

Je nach Betrachtungsweise fallen die Bildungsausgaben in Deutschland im internationalen Vergleich über- oder unterdurchschnittlich aus. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) lagen die nach internationaler Abgrenzung erfassten Ausgaben (Budgetteil A) für formale Bildungseinrichtungen in Deutschland im Jahr 2022 mit 4,4 % über dem EU-25-Durchschnitt<sup>6</sup> (4,2 %), aber unter dem der OECD (4,7 %, **Tab. B3-3web**).<sup>8</sup> Bezogen auf die Anzahl der Bildungsteilnehmenden<sup>9</sup> vom Primar- bis zum Tertiärbereich bewegten sich im Jahr 2022 die durchschnittlichen Ausgaben in Deutschland mit 18.000 kaufkraftbereinigten US-Dollar je Bildungsteilnehmenden jedoch deutlich über dem OECD-Durchschnitt von 15.000 US-Dollar wie auch dem EU-25-Durchschnitt von 13.500 US-Dollar (**Tab. B3-4web**). In

<sup>8</sup> Die internationalen Daten liegen nur mit einem zusätzlichen Jahr Zeitverzug vor.

<sup>9</sup> Um die unterschiedlichen Umfänge der Bildungsteilnahme zu berücksichtigen, z. B. beim Teilzeitstudium, werden Bildungsteilnehmende auf Vollzeitäquivalente<sup>6</sup> umgerechnet.

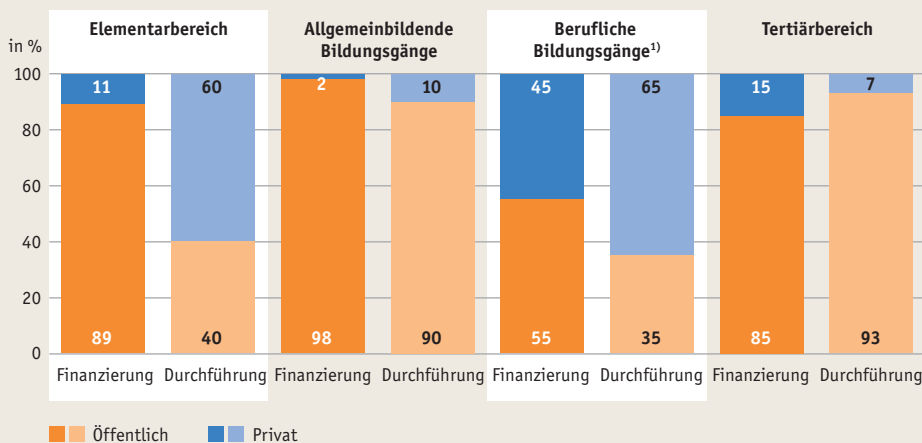
nahezu allen Bildungsbereichen übertrafen die Ausgaben je Bildungsteilnehmenden in Deutschland die internationalen Vergleichswerte – besonders deutlich bei den beruflichen Bildungsgängen des Sekundarbereichs II. Der Großteil der Ausgaben je Bildungsteilnehmenden entfällt auf die im internationalen Vergleich hohen Personalkosten in Deutschland, die hauptsächlich auf das hohe Lohn- und Gehaltsniveau des Bildungspersonals zurückzuführen sind (OECD, 2025b). Dass die Bildungsausgaben in Deutschland gemessen am Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich dennoch vergleichsweise niedrig ausfallen, hängt vor allem mit dem relativ niedrigen Anteil der Bevölkerung unter 30 Jahren zusammen. Dadurch fällt der Anteil der Bildungsteilnehmenden an der Gesamtbevölkerung im Verhältnis zur erwerbstätigen Bevölkerung in Deutschland vergleichsweise niedrig aus.

### Bildungsausgaben nach Finanzierung und Durchführung

Die Bildungsausgaben in Deutschland werden überwiegend öffentlich finanziert. Im Jahr 2023 haben Bund, Länder und Gemeinden gut vier Fünftel der Bildungsausgaben aufgebracht, das restliche Fünftel Privathaushalte, Organisationen ohne Erwerbszweck und Unternehmen sowie das Ausland (Tab. B3-5web). Die Länder finanzierten dabei mehr als die Hälfte (52 %) der Bildungsausgaben. Mit 66 % war ihr Finanzierungsanteil an den allgemeinbildenden Schulen und mit 62 % an den Hochschulstudiengängen besonders hoch. Der Bund finanzierte 11 % der Bildungsausgaben mit Finanzierungsschwerpunkten auf der Förderung von Bildungs- sowie Weiterbildungsteilnahme, die zu jeweils 76 bzw. 100 % vom Bund finanziert wurden. Hierunter fallen die Förderung im Rahmen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG), des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG) und die Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit. Die Gemeinden, deren Anteil an den Bildungsausgaben 18 % betrug, finanzierten schwerpunktmäßig die Kindertagesbetreuung <sup>G</sup> im Elementarbereich (43 % Finanzierungsanteil). Die Finanzierung aus dem privaten Bereich setzte sich zusammen aus den Ausgaben privater Haushalte für Bildungsgüter sowie den Ausgaben privater Unternehmen für die betriebliche Weiterbildung und die betriebliche Ausbildung im dualen System (88 bzw. 78 % Finanzierungsanteil).

**Länder tragen zum Großteil die Finanzierung der allgemeinbildenden Schulen und Hochschulen**

**Abb. B3-2: Finanzierungs- und Durchführungsanteile der Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft für ausgewählte Bildungsbereiche 2023 (in %) \***



\* Vgl. Anmerkungen zu Tab. B3-1web.

1) Berufliche Bildungsgänge einschließlich betrieblicher Ausbildung im dualen System und Schulen des Gesundheitswesens.  
Quelle: Statistisches Bundesamt, Budget für Bildung, Forschung und Wissenschaft 2023/2024


→ Tab. B3-5web, Tab. B3-6web

Zusätzlich zu ihrer Herkunft (Finanzierung) lassen sich Bildungsausgaben auch danach darstellen, wo sie getätigt werden (Durchführung), unabhängig von der Herkunft der Mittel. Im Elementarbereich übersteigt der Ausgabenanteil freier Träger (60%) den privaten Finanzierungsanteil deutlich (11%), da ein Großteil der Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft betrieben, jedoch überwiegend öffentlich finanziert wird (**Abb. B3-2**). Auch bei den beruflichen Bildungsgängen liegt der Durchführungsanteil der privaten Einrichtungen über ihrem Finanzierungsanteil. Bei den allgemeinbildenden Schulen und Hochschulen entfällt der Großteil der Ausgaben dagegen auf öffentliche Einrichtungen. Insgesamt wurden 2023 rund 61% der Bildungsausgaben von öffentlichen Einrichtungen getätigt (**Tab. B3-6web**).

**Auf Einrichtungen in freier Trägerschaft entfallen 2023 insgesamt 60% der Ausgaben im Elementarbereich**

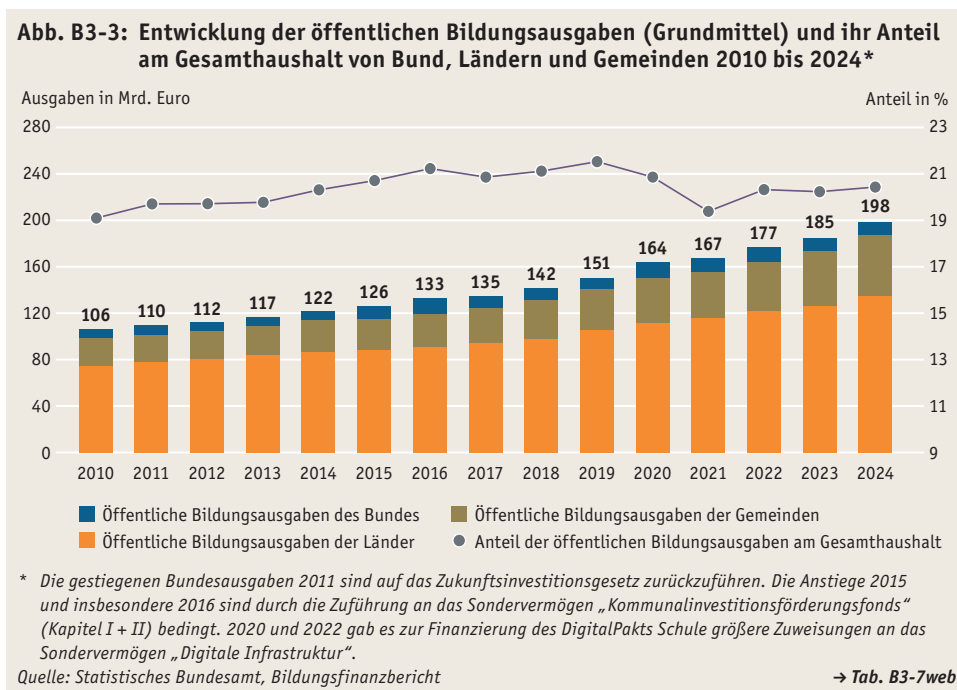
## Öffentliche Bildungsausgaben

**Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am Gesamthaushalt ab 2020 auf deutlich niedrigerem Niveau**

Obwohl die öffentlichen Bildungsausgaben seit Ausbruch der Corona-Pandemie 2020 nominal weiterhin steigen und im Jahr 2024 mit 198 Milliarden Euro einen neuen Höchstwert erreichten, hat ihr Gewicht im öffentlichen Gesamthaushalt (vgl. **A2**) nach dem Konzept der Grundmittel  deutlich abgenommen (**Abb. B3-3**). Im Jahr 2024 entfiel nur noch rund ein Fünftel (20%) des öffentlichen Gesamthaushalts auf Bildung, gegenüber etwa 22% im Jahr 2019. Dieser relative Bedeutungsverlust ist vor allem auf die höheren Staatsausgaben für die umfangreichen Corona-Hilfsprogramme zur Stabilisierung der Wirtschaft sowie – seit 2022 – auf zusätzliche Ausgaben zur Bewältigung der Energiekrise im Zuge des Kriegs in der Ukraine und für Verteidigung zurückzuführen (**Tab. B3-8web**). Zugleich sind die öffentlichen Haushalte seit mehreren Jahren durch anhaltende Defizite und eine erhöhte Verschuldung geprägt, was die fiskalischen Spielräume für einzelne Aufgabenbereiche zusätzlich begrenzt (vgl. **A2**). Jedoch ist die Gewichtung einzelner Ausgabenbereiche Ergebnis politischer Aushandlungsprozesse, in denen unter gegebenen fiskalischen Rahmenbedingungen unterschiedliche Prioritätensetzungen vorgenommen werden und die durch gesellschaftliche Akteure und Interessen geprägt sind.

**Anteil der Bildungsausgaben am Bundeshaushalt sinkt, während Länder und Gemeinden höhere Anteile für Bildung aufwenden**

Ein Blick auf die Bildungsausgabenanteile auf Ebene der Gebietskörperschaften verdeutlicht die föderale Aufgabenverteilung und Aufgabenschwerpunkte. Während der Bund 2024 rund 4% seines Haushalts auf den Bildungsbereich verwendete, waren es bei den Ländern (staatliche Ebene) rund 38% und bei den Gemeinden 15% (**Tab. B3-5web**). Die Länder finanzieren vor allem die Personalausgaben im Schul- und Hochschulbereich, die Gemeinden die in der Kindertagesbetreuung und Jugendarbeit sowie die Unterhaltung und Ausstattung von Bildungseinrichtungen. Der Bund finanziert hingegen vor allem die Förderung der Bildungsteilnehmenden selbst und stellt finanzielle Mittel für Investitionen im Bildungsbereich bereit. Letzteres erfolgt vorrangig über die Einrichtung von Sondervermögen, die zum Zeitpunkt der Mittelzuführung an das Sondervermögen in die Grundmittelbetrachtung einfließen, sodass vor allem für den Bund im Zeitverlauf Ausgabensprünge zu beobachten sind. Dennoch zeigt sich für den Anteil der Bildungsausgaben am Bundeshaushalt insgesamt eine rückläufige Tendenz, während die Länder und Gemeinden steigende Anteile ihrer Budgets für Bildung verwenden. Jedoch ist auch zu berücksichtigen, dass der Bund bspw. beim Startchancen-Programm und beim Kita- und Ganztagsausbau den Ländern insbesondere zur Finanzierung gestiegener Betriebskosten Mittel in Form von Umsatzsteueranteilen bereitstellt. Im Jahr 2024 verzichtete der Bund auf rund 3,1 Milliarden Euro Umsatzsteuereinnahmen, die den Ländern im Rahmen des Finanzausgleichs zugeführt werden. Aufgrund dieses Finanzierungsmechanismus sind diese Mittel nicht in den Grundmitteln des Bundes enthalten, sondern in denen der Länder und Gemeinden.

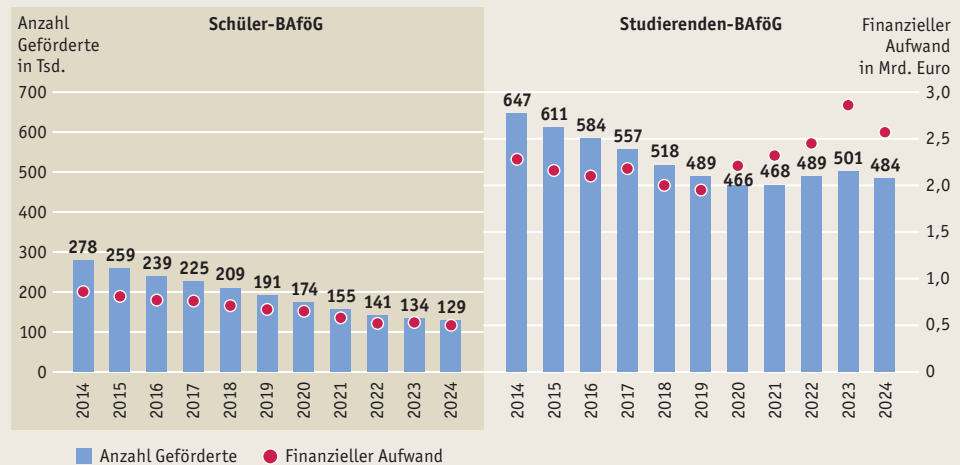


Die von Bund und Ländern eingesetzten Sondervermögen widmen sich aktuell vor allem den Themen Digitalisierung, Kinderbetreuungsausbau und Chancengleichheit (Statistisches Bundesamt, 2025g). Investitionen in den Ausbau der digitalen Infrastruktur an Schulen werden u. a. über den 2019 in Kraft getretenen DigitalPakt Schule gefördert (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung, 2024, B3), der Ausbau der Kinderbetreuung erfolgt über mehrere Programmphasen seit 2007 und ein Sondervermögen zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter wurde 2020 eingesetzt (vgl. D3). Mit dem 2024 gestarteten Startchancen-Programm unterstützen Bund und Länder bundesweit rund 4.000 Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schüler:innen, um die Chancengerechtigkeit zu verbessern. Dafür stellen Bund und Länder über die 10-jährige Laufzeit bis zu 20 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung.

## Bildungsförderung

Mit dem Ziel, jungen Menschen unabhängig von ihrer sozialen und wirtschaftlichen Herkunft eine ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Ausbildung zu ermöglichen, fördert der deutsche Staat Studierende und Schüler:innen finanziell im Rahmen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG). Trotz gestiegener Studierendenzahlen sank die Zahl der geförderten Studierenden zwischen 2014 und 2024 jedoch um 25 % auf 484.000 (Abb. B3-4), wozu u. a. ein gestiegener Anteil anspruchsberechtigter Studierender ohne Inanspruchnahme beigetragen haben dürfte (vgl. F2; Byström & Antonsdóttir, 2025). Nach einem zwischenzeitlichen Anstieg 2021 bis 2023 ging sie 2024 erneut zurück. Gleichzeitig stiegen die Ausgaben für das Studierenden-BAföG seit 2014 um 13 % auf 2,6 Milliarden Euro. Der Anstieg konzentrierte sich auf die Jahre ab 2020 infolge der Anhebung der Bedarfs- und Förderhöchstsätze sowie eines gestiegenen Anteils der Geförderten mit Vollförderung. Im Jahr 2024 gingen die Ausgaben mit der rückläufigen Zahl der Geförderten erstmals seit 2019 wieder zurück (-10 %). Der durchschnittliche monatliche Förderbetrag pro Kopf stieg zwischen 2014 und 2024 um 47 % auf 657 Euro. Inflationbereinigt entspricht dies einem Anstieg um 13 %.

**Ausgaben für das Studierenden-BAföG trotz Rückgang der Gefördertenzahl seit 2014 um 13 % gestiegen**

**Abb. B3-4: BAföG-Geförderte und finanzieller Aufwand 2014 bis 2024**

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) <sup>1)</sup>

→ Tab. B3-9web

Zum Wintersemester 2024/25 wurde mit der Studienstarthilfe ein neues Förderinstrument im Rahmen des BAföG eingeführt. Diese richtet sich an Studierende, die vor Aufnahme des Studiums bestimmte Sozialleistungen bezogen haben, und gewährt einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 1.000 Euro zum Studienbeginn. 2024 erhielten erstmals 10.700 Studierende diese Leistung.

Nochmals stärker als bei den Studierenden ging die Zahl der Schüler:innen mit BAföG zurück (**Abb. B3-4**): Sie hat sich seit 2014 mehr als halbiert und ein erneuter Anstieg ist auch in den letzten Jahren nicht zu beobachten. Entsprechend reduzierten sich die Ausgaben für das Schüler-BAföG um 42 % auf 0,5 Milliarden Euro. Der durchschnittliche monatliche Förderbetrag stieg im gleichen Zeitraum zwar um 29 % auf 539 Euro, blieb inflationsbereinigt jedoch nahezu konstant. Neben dem BAföG richten sich weitere Förderinstrumente des Bundes gezielt an besonders begabte und gesellschaftlich engagierte Studierende: die Studienstipendien der Begabtenförderungswerke und das Deutschlandstipendium – das 2024 rund 33.000 Studierende mit monatlich 300 Euro förderte (Statistische Bundesamt, 20250). Weitere Ausgaben für die Bildungsförderung im Rahmen des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG) sowie der Bundesagentur für Arbeit werden in **G4** behandelt.

**Ausgaben für Schüler-BAföG und Anzahl der Geförderten seit 2014 nahezu halbiert**

### Methodische Erläuterungen

#### Öffentliche Bildungsausgaben (Grundmittel)

Die Grundmittel geben den Zuschussbedarf der öffentlichen Haushalte für einen Aufgabenbereich an. Sie beschreiben die Ausgaben eines Aufgabenbereichs abzüglich der vom Aufgabenbereich erzielten Einnahmen aus dem öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich. Ihre Höhe ist weitgehend unabhängig vom Grad der

Ausgliederung öffentlicher Einrichtungen aus dem Haushalt. Die Grundmittelbetrachtung basiert auf den Ausgaben und Einnahmen von Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden), wie sie in den Jahresrechnungstatistiken und der Haushaltsansatzstatistik auf Grundlage der Haushaltssystematik abgebildet werden.

# Bildungsbeteiligung

Zuletzt im Bildungsbericht 2024 als B4

B  
4

Die Bildungsbeteiligung ist ein zentraler Indikator der Bildungsberichterstattung, der Aufschluss über die Inanspruchnahme formaler Bildungsangebote gibt. Im Folgenden wird zunächst die Struktur der Bildungsbeteiligung anhand der Anzahl der Bildungsteilnehmenden nach Bildungsbereichen sowie ihrer Anteile an der gleichaltrigen Bevölkerung dargestellt. Anschließend richtet sich der Blick auf junge Erwachsene und das Zusammenspiel von Bildung und Erwerbstätigkeit: Nach einem internationalen Vergleich, der strukturelle Besonderheiten des deutschen Systems verdeutlicht, wird auf nationaler Ebene untersucht, in welchem Umfang junge Erwachsene parallel zur Bildung erwerbstätig sind, wie viele ohne qualifizierenden Abschluss einer Erwerbstätigkeit nachgehen und wer sich weder in Bildung noch Erwerbstätigkeit befindet. Abgerundet wird der Indikator durch die tatsächlich für Bildung aufgewendete Zeit auf Basis der Zeitverwendungserhebung **D** 2022. Da die Daten zur Weiterbildungsbeteiligung nicht in vergleichbarer Weise vorliegen, wird hierüber gesondert in **G2** berichtet.

## Struktur der Bildungsbeteiligung

Im Jahr 2024 nahmen rund 18,0 Millionen Menschen in Deutschland an formaler Bildung (inklusive der frühen Bildung) teil (**Tab. B4-1web**). Hierzu zählen Kinder in Kindertageseinrichtungen und -tagespflege, Schüler:innen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, Studierende an Hochschulen sowie Teilnehmende an Maßnahmen der Aufstiegsfortbildung. Im langfristigen Vergleich seit 2014 ist die Zahl der Bildungsteilnehmenden um rund 7 % gestiegen. Dieser Zuwachs ist hauptsächlich auf den Ausbau der frühen Bildung, mehr Kinder und Jugendliche im Schulalter und mehr Studierende zurückzuführen. Gegenüber 2022 nahm die Gesamtzahl der Bildungsteilnehmenden weiterhin um 1 % zu, was auf den Anstieg an allgemeinbildenden Schulen (+3 %) zurückzuführen ist. In der frühen Bildung (-1 %) und im Hochschulbereich (-2 %) war jedoch ein Rückgang zu verzeichnen.

In der frühen Bildung, die in den letzten 2 Jahrzehnten kontinuierlich ausgebaut wurde (**B1**, vgl. **C2**) und daher im Vergleich zu 2014 einen enormen Zuwachs bei der Zahl der betreuten Kinder von 18 % zu verzeichnen hatte, spiegelt der leichte Rückgang um 1 % im Jahr 2024 gegenüber 2022 den deutlichen Geburtenrückgang ab 2022 bei gleichzeitig steigenden Beteiligungsquoten wider.

Die Zahl der Schüler:innen im Primarbereich und Sekundarbereich I wird durch die Vollzeitschulpflicht überwiegend von der demografischen Entwicklung bestimmt (vgl. **D1**). In den vergangenen 10 Jahren sind die Kohortengrößen im Schulalter gestiegen; seit 2022 wurde dieser Trend zusätzlich verstärkt durch die Zuwanderung ukrainischer Geflüchteter. In der Folge setzt sich der steigende Trend im Primarbereich und Sekundarbereich I fort. Gegenüber 2022 sind 2024 die Schüler:innenzahlen in diesen Bereichen um 7 % angestiegen (**Tab. B4-2web**). Im Sekundarbereich II, der sowohl die gymnasiale Oberstufe als auch das Berufsbildungssystem umfasst, setzte sich der langfristige Rückgang 2024 erstmals nicht weiter fort. Für die kommenden Jahre ist demografisch bedingt wieder mit einem Anstieg zu rechnen (vgl. **A1**).

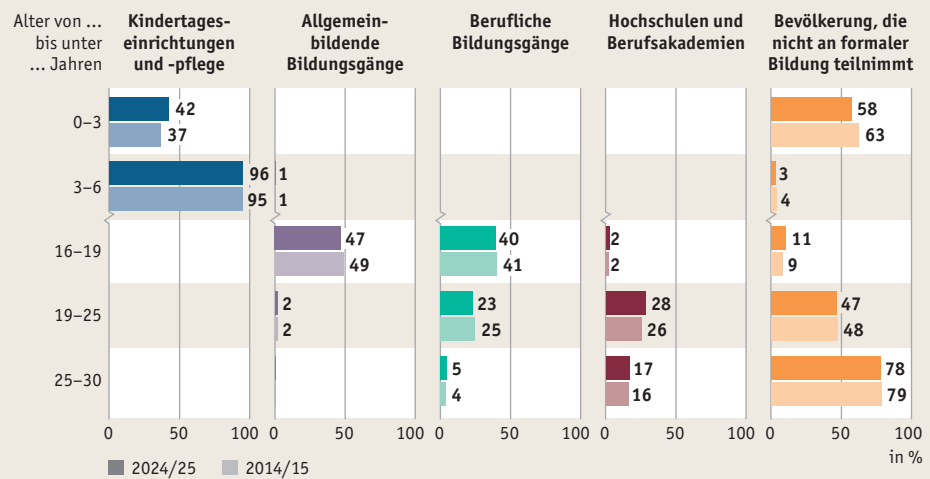
Beim Blick auf die Bildungsbeteiligungsquoten, d.h. die Bildungsteilnehmendenzahlen anteilig zur Bevölkerung, ist zu berücksichtigen, dass durch die Revision der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2022 die Bevölkerungszahl von 84,1 auf 82,7 Millionen Einwohner:innen sank, wodurch die Quoten für das Jahr 2022 je nach Altersgruppe um 1 bis 4 Prozentpunkte höher ausfallen als im letzten Bildungsbericht (**Tab. B4-6web**).

**Bildungsteilnehmendenzahl seit 2022 leicht gestiegen**

**Erstmals Rückgang der betreuten unter 3-Jährigen**

**Weiterhin mehr Schüler:innen im Primar- und Sekundarbereich I, kein weiterer Rückgang im Sekundarbereich II**

**Revision der Bevölkerungszahl erhöht Bildungsbeteiligungsquoten für 2022**

**Abb. B4-1: Entwicklung der Bildungsbeteiligung in Bildungseinrichtungen nach Bereichen und Altersgruppen 2014/15 und 2024/25 (in %) \***

\* Beteiligungswerten für die Altersgruppe von 6 bis unter 16 Jahren sind nicht aufgeführt, da sie aufgrund der Schulpflicht rund 100 % betragen.

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Kinder- und Jugendhilfestatistik <sup>10</sup>, Schulstatistik <sup>10</sup>, Hochschulstatistik <sup>10</sup>, Bevölkerungsfortschreibung <sup>10</sup>

→ Tab. B4-7web

### Beteiligungswerte der unter 3-Jährigen steigt weiter

Auf Basis der neuen Bevölkerungszahlen zeigt sich, dass der Anstieg der Beteiligungswerten bei den unter 3-Jährigen – unterbrochen nur 2020 durch die Corona-Pandemie – auch 2024 anhält. Mit 42 % lag die Quote um 5 Prozentpunkte über dem Niveau von 2014 (Abb. B4-1).<sup>10</sup> Ohne die höhere Bildungsbeteiligungswerte hätte der Rückgang der Geburten seit 2022 zu einem deutlich stärkeren Rückgang der betreuten Kinder in der frühen Bildung geführt. Bei den 3- bis unter 6-Jährigen lag die Beteiligungswerte für das Jahr 2023 mit 96 % auf einem ähnlich hohen Niveau wie vor 10 Jahren (95 %).

### Verschiebung von beruflicher zur Hochschulbildung bei 19- bis unter 25-Jährigen

Im Jugend- und jungen Erwachsenenalter zeigen sich differenzierte Entwicklungen: Bei den 16- bis unter 19-Jährigen, die teilweise noch der Vollzeitschulpflicht unterliegen, sank die Bildungsbeteiligung zwischen 2014 und 2024 um 2 Prozentpunkte auf 89 %; sowohl die Teilnahme an allgemeinbildenden als auch an beruflichen Bildungsgängen ging zurück. Bei den 19- bis unter 25-Jährigen lag die Bildungsbeteiligung 2024 bei 53 % und bei den 25- bis unter 30-Jährigen bei 22 %. Dies entspricht jeweils einem leichten Anstieg (+1 Prozentpunkt) gegenüber 2014. In der Gruppe der 19- bis unter 25-Jährigen verlagerte sich die Bildungsbeteiligung zudem leicht von der beruflichen Bildung (-2 Prozentpunkte) hin zu den Hochschulen (+2 Prozentpunkte). Ob dies auf eine breitere Bildungsbeteiligung oder längere Verweildauern im Hochschulbereich zurückzuführen ist, wird an anderer Stelle untersucht (vgl. F3).

## Bildungsbeteiligung und Erwerbstätigkeit junger Erwachsener im internationalen Vergleich

Der internationale Vergleich der Bildungsbeteiligung und der Erwerbstätigkeit junger Erwachsener verdeutlicht die Besonderheiten des deutschen Bildungssystems, insbesondere die duale Ausbildung, und dessen spezifischen Herausforderungen. Besonders relevant ist dabei die Altersgruppe der 20- bis unter 25-Jährigen, die nach

<sup>10</sup> Die Beteiligungswerten in B4 weichen von den Werten in Kapitel C4 und den Angaben des Statistischen Bundesamts (2025e) ab, da hier über alle Bildungsbereiche eine einheitliche Abgrenzung der Jahrgänge von Januar bis Dezember verwendet wird. Andere Veröffentlichungen basieren bedingt durch den Erhebungstichtag der KJH-Statistik <sup>10</sup> (31. März) auf einer Abgrenzung von März bis Februar, wodurch die ausgewiesenen Quoten methodisch bedingt niedriger ausfallen.

dem Ende der (Vollzeit-)Schulpflicht vor der Entscheidung zwischen weiterer Bildung und Erwerbstätigkeit steht.<sup>11</sup>

Die Bildungsbeteiligungsquote in dieser Altersgruppe lag mit 53 % in Deutschland 2024 laut dem Labour Force Survey<sup>D</sup> über dem EU-22-Durchschnitt<sup>G</sup> von 50 % (Abb. B4-2). Dabei war der Anteil junger Erwachsener, die gleichzeitig in einem Bildungsgang und erwerbstätig sind, in Deutschland deutlich höher als der EU-22-Durchschnitt. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass 12 % der jungen Erwachsenen im Rahmen einer dualen Ausbildung oder eines Dualen Studiums beschäftigt sind – ein Modell, das international kaum verbreitet ist (EU-22-Durchschnitt: 2 %; Tab. B4-9web, vgl. E1). Während in Deutschland gegenüber 2014 mehr junge Erwachsene parallel zur Bildung anderen Formen der Erwerbstätigkeit nachgingen und beispielsweise neben dem Studium arbeiteten, war der Anteil in dualen Programmen rückläufig.

Ausschließlich erwerbstätig waren 2024 junge Erwachsene in Deutschland ähnlich häufig wie im internationalen Durchschnitt (Abb. B4-2). Entsprechend war der Anteil der NEETs (Not in Education, Employment, or Training), also derjenigen, die weder in Bildung noch erwerbstätig sind, in Deutschland mit 10 % vergleichsweise niedrig (EU-22-Durchschnitt: 13 %). International ist der NEET-Anteil seit 2014 jedoch deutlich rückläufig, was vor allem auf eine verbesserte Arbeitsmarktintegration junger Erwachsener zurückzuführen ist. Die Einführung der EU-Jugendgarantie im Jahr 2013 könnte diese Entwicklung begünstigt haben (Europäische Kommission, 2025).<sup>12</sup> In Deutschland blieb der NEET-Anteil hingegen auf einem niedrigen Niveau weitgehend stabil.

Junge Erwachsene, die (noch) formal gering qualifiziert sind – also weder über einen beruflichen Abschluss noch die Hochschulreife verfügen –, befinden sich in Deutschland häufiger in Bildungsprogrammen und sind seltener von Beschäftigung ausgeschlossen als im internationalen Vergleich. So lag der NEET-Anteil dieser Gruppe 2024 deutlich unter dem EU-22-Durchschnitt. Ursächlich hierfür dürfte auch der

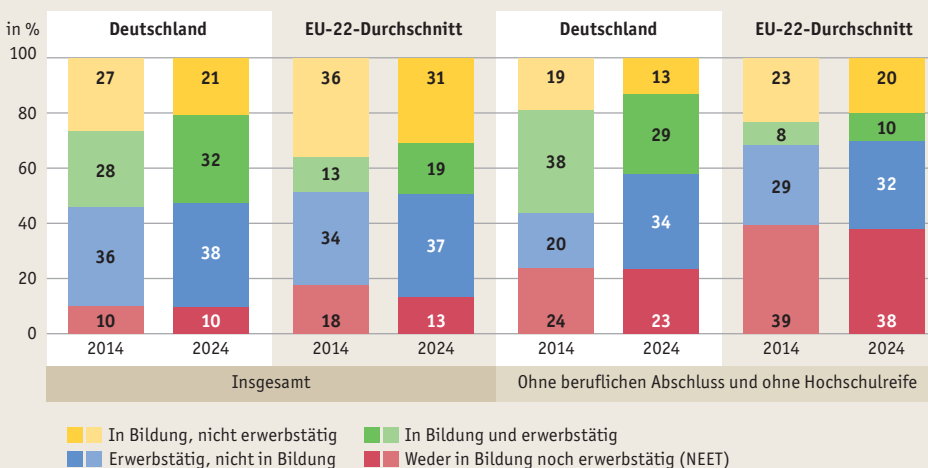
Vergleichsweise häufig sind junge Menschen gleichzeitig in einem Bildungsgang und erwerbstätig ...

... aber der Anteil in dualen Programmen ist rückläufig

Anteil der NEETs im internationalen Vergleich gering



**Abb. B4-2: 20- bis unter 25-Jährige nach Bildungsbeteiligung, Erwerbsstatus<sup>G</sup> und Bildungsabschluss im internationalen Vergleich, 2014 und 2024 (in %)**



Quelle: Bildungsbeteiligung und Erwerbsstatus: OECD; eigene Darstellung

→ Tab. B4-9web

11 Im Gegensatz zum vorherigen Abschnitt wird hier nicht die Gruppe der 19- bis unter 25-Jährigen betrachtet, da für diese Altersgruppe keine international vergleichbaren Daten vorliegen.

12 Die EU-Jugendgarantie (Youth Guarantee) wurde 2013 eingeführt und zielt darauf ab, jungen Menschen innerhalb von 4 Monaten nach Eintritt in Arbeitslosigkeit oder nach Verlassen des Bildungssystems ein qualitativ hochwertiges Angebot in Form von Beschäftigung, Ausbildung, Weiterbildung oder Praktikum zu unterbreiten.

**Immer mehr junge  
gering Qualifizierte  
gehen arbeiten,  
statt eine Ausbil-  
dung zu machen**

Übergangssektor mit seinen Maßnahmen zur Vorbereitung auf Ausbildung und Arbeit sein (vgl. **E1**). Gegenüber 2014 ist die Bildungsbeteiligung in dieser Gruppe jedoch deutlich zurückgegangen, parallel zu einem Anstieg der Erwerbstätigkeit. Eine Verschiebung hin zur ungelerten Erwerbstätigkeit in dieser Größenordnung ist international nicht zu beobachten. Dieser Anstieg lässt sich weder durch Veränderungen in der Zusammensetzung der Gruppe nach erreichtem Schulabschluss noch nach Zuwanderungsstatus erklären. Möglicherweise tragen verbesserte Verdienstmöglichkeiten für Ungelernte vor allem in Berufen mit geringer Bildungsrendite infolge der Einführung des Mindestlohns zu dieser Entwicklung bei (vgl. **E2**). Dies verweist auf strukturelle Entwicklungen des deutschen Arbeitsmarkts, die kurzfristig Chancen für Ungelernte eröffnen, zugleich jedoch Risiken für ihre zukünftige Qualifizierung und damit ihre Beschäftigungsstabilität bergen (vgl. **I3**; OECD, 2025b).

### Junge Erwachsene weder in Bildung noch erwerbstätig (NEET)

**10 % der jungen NEETs  
in Übergangs-  
situationen, z. B. vor  
Studienbeginn**

Die rund 450.900 jungen NEETs im Alter von 20 bis unter 25 Jahren im Jahr 2024 befanden sich laut Mikrozensus in unterschiedlichen Lebenssituationen. Rund 10 % waren in Übergangssituationen: 6 % hatten ihre Bildungsteilnahme nur vorübergehend unterbrochen, etwa im Zusammenhang mit einem Schul- oder Ausbildungswechsel, dem Übergang ins Studium, Krankheit oder Mutterschutz (**Abb. B4-3**). Weitere 4 % hatten bereits eine Arbeitsstelle gefunden, diese zum Befragungszeitpunkt aber noch nicht angetreten.

**Mehrheit der jungen  
NEETs steht dem  
Arbeitsmarkt nicht zur  
Verfügung**

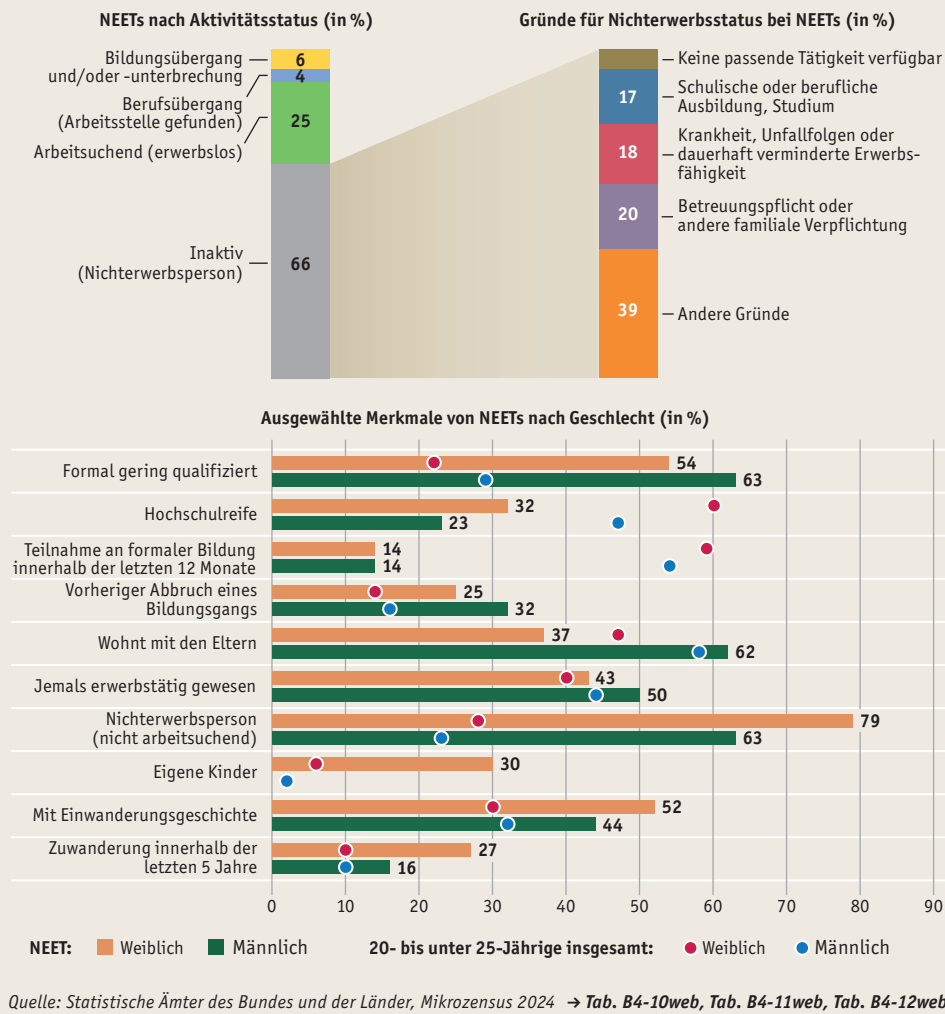
Ein Viertel der NEETs war arbeitsuchend und damit gemäß der ILO-Definition erwerbslos. Diese rund 113.100 Personen stehen dem Arbeitsmarkt grundsätzlich zur Verfügung und könnten kurzfristig eine Beschäftigung aufnehmen. Die Mehrheit der NEETs (66 %, 295.700 Personen) zählt hingegen zu den Nichterwerbspersonen, die keine Arbeit suchen und dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Die hierfür genannten Gründe verweisen vielfach auf Lebensumstände, die nicht nur eine Erwerbstätigkeit, sondern häufig auch eine (Wieder-)Aufnahme von Bildung erschweren oder verhindern. So nannten 20 % Betreuungspflichten oder andere familiäre Verpflichtungen und 18 % gesundheitliche Einschränkungen. Weitere 17 % gaben hingegen an, aufgrund ihrer schulischen oder beruflichen Ausbildung bzw. eines Studiums keine Arbeit zu suchen oder aufnehmen zu können, obwohl sie sich nach eigenen Angaben zum Befragungszeitpunkt weder in einem formalen Bildungsgang noch im Übergang zwischen Bildungsgängen befanden. Möglicherweise handelt es sich hierbei um Personen, die auf einen Studien- oder Ausbildungsplatz warten. Für 39 % und damit den größten Teil der Nichterwerbspersonen wurden sonstige, nicht näher spezifizierte Gründe angegeben, was die Differenzierung der Motive für die Nichtarbeitsuche begrenzt.

**NEETs häufig gering  
qualifiziert,  
viele Bildungs-  
abbrecher:innen**

Die Mehrheit (59 %) der NEETs verfügte weder über einen beruflichen Abschluss noch die Hochschulreife (**Abb. B4-3, Tab. B4-12web**). Zugleich lag bei 86 % die letzte Teilnahme an einem formalen Bildungsprogramm länger als 12 Monate zurück und mehr als ein Viertel (29 %) hatte eine schulische oder berufliche Ausbildung oder ein Studium abgebrochen. Die Kombination aus längeren Bildungsunterbrechungen und instabilen Bildungsverläufen weist auf das Risiko hin, dass ein erheblicher Teil dieser Gruppe formal gering qualifiziert bleiben könnte.

**Weibliche NEETs häufig  
mit Care-Pflichten und  
kürzlich eingewandert**

Junge Männer und Frauen sind etwa gleich häufig unter den NEETs vertreten, unterscheiden sich jedoch deutlich in ihrer Lebenssituation (**Abb. B4-3, Tab. B4-12web**): Weibliche NEETs haben häufiger eigene Kinder, sind aus dem Elternhaushalt ausgezogen und aufgrund von Betreuungspflichten Nichterwerbspersonen – jeweils sowohl im Vergleich zu männlichen NEETs als auch zu gleichaltrigen Frauen insgesamt. Zudem hat mehr als die Hälfte der weiblichen NEETs eine Einwanderungsgeschichte,

**Abb. B4-3: 20- bis unter 25-Jährige weder in Bildung noch erwerbstätig (NEETs) 2024**

von denen wiederum mehr als die Hälfte erst innerhalb der letzten 5 Jahre nach Deutschland zugewandert ist.

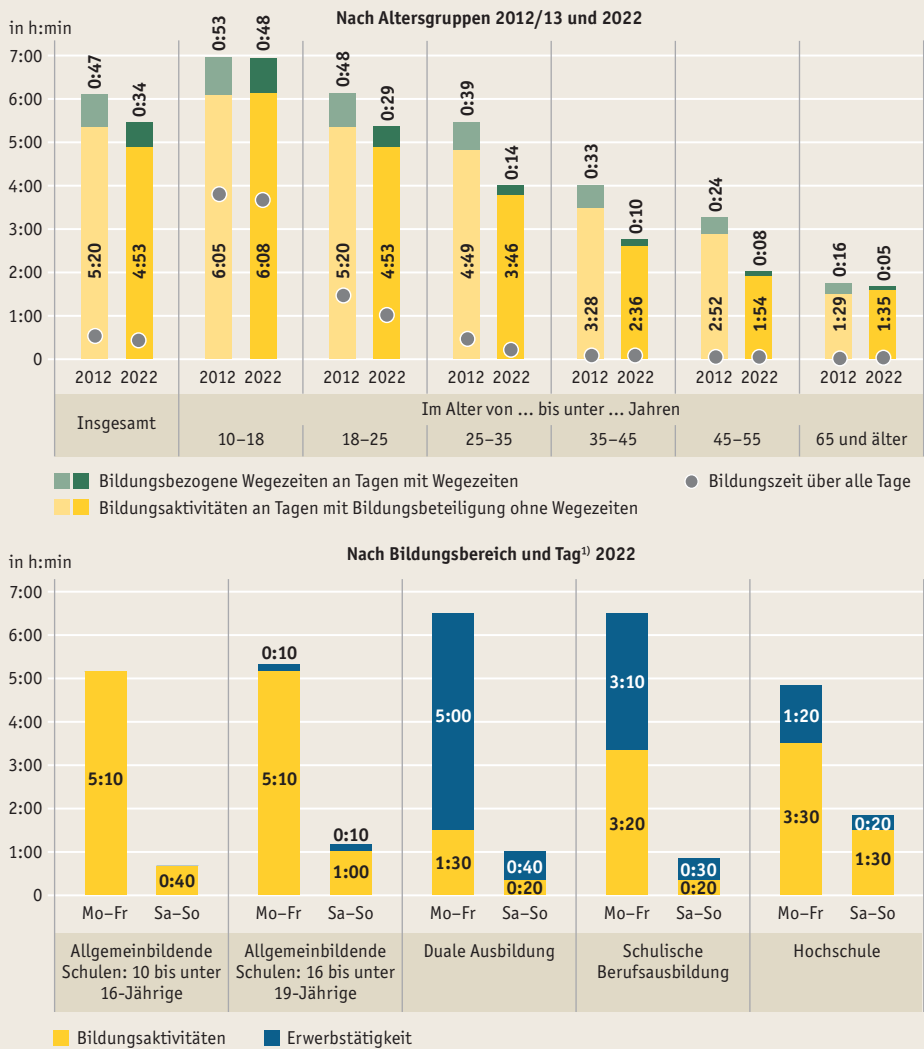
## Bildungszeit

Mit der Zeitverwendungserhebung 2022 <sup>D</sup> liegen erstmals seit 10 Jahren wieder Daten dazu vor, wie viel Zeit tatsächlich für Lern- und Bildungsaktivitäten <sup>M</sup> aufgewendet wird – unabhängig vom institutionellen Kontext. Erfasst werden etwa die Teilnahme an Unterricht und Vorlesungen, deren Vor- und Nachbereitung, non-formale Weiterbildung, aber auch die Teilnahme am Ganztage in Schulen sowie bildungsbezogene Wegezeiten. Die Erhebung misst damit ausschließlich den zeitlichen Umfang bewusster Bildungsaktivitäten, erlaubt jedoch keine Rückschlüsse auf deren Intensität oder Lernergebnisse.

Die in der Zeitverwendungserhebung erfasste Zeit für Lern- und Bildungsaktivitäten – Wochenenden und Ferien eingeschlossen – verteilt sich im Lebensverlauf sehr ungleich und konzentriert sich vor allem auf die ersten 2 Lebensjahrzehnte (Abb. B4-4). 10- bis unter 18-Jährige nutzten 2022 durchschnittlich 3 Stunden und 40 Minuten täglich für Bildungsaktivitäten, 18- bis unter 25-Jährige nur noch rund 1 Stunde. Ab dem 35. Lebensjahr sinkt die durchschnittliche Bildungszeit auf wenige Minuten

**Deutlicher Rückgang der Bildungszeit mit dem Alter**

**Abb. B4-4: Durchschnittlich täglich für Lern- und Bildungsaktivitäten genutzte Zeit\* (in Stunden:Minuten)**



\* Wochenenden, Ferien/Urlaub und Krankheitstage sind einberechnet.  
 1) Personen die angaben, überwiegend Auszubildende:r, Schüler:in oder Student:in zu sein. Mo.-Fr. ohne Feiertage. Sa.-So. einschließlich Feiertagen.  
 Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Zeitverwendungserhebung 2012/13 und 2022, eigene Darstellung → Tab. B4-13web, Tab. B4-14web

pro Tag, da Bildungsaktivitäten nur noch an wenigen Tagen stattfinden. Eine Betrachtung, die ausschließlich Tage mit Lern- und Bildungsaktivitäten einbezieht, relativiert den Alterseffekt: An solchen Tagen verbrachten 10- bis unter 18-Jährige durchschnittlich etwas mehr als 6 Stunden mit Lern- und Bildungsaktivitäten und damit nur rund eine Stunde mehr als 18- bis unter 25-jährige (Abb. B4-4). Selbst ab einem Alter von 65 Jahren verbrachten Personen an Tagen mit Bildungsbeteiligung durchschnittlich noch rund 1 ½ Stunden mit Bildungsaktivitäten – allerdings nur an 2 % der erfassten Tage.

**Rückgang der bildungsbezogenen Wegezeiten gegenüber 2012**

Gegenüber 2012 ist die durchschnittliche Bildungszeit insgesamt zurückgegangen – sowohl über alle Tage als auch an Tagen mit Bildungsbeteiligung (rund 30 Minuten weniger). Ein wesentlicher Grund sind deutlich kürzere bildungsbezogene Wegezeiten: Ab einem Alter von 25 Jahren haben sich die Wegezeiten mehr als

halbiert. Auch ohne Berücksichtigung der Wegezeiten zeigt sich ein Rückgang, der mit der Zunahme möglicherweise zeitlich kompakterer Onlinelernaktivitäten in den letzten Jahren zusammenhängen dürfte (G2).<sup>13</sup>

Innerhalb formaler Bildungsgänge bestehen deutliche Strukturunterschiede. Schüler:innen an allgemeinbildenden Schulen im Alter von 10 bis unter 19 Jahren verbrachten 2022 unter der Woche (einschließlich Ferienzeiten) durchschnittlich etwas mehr als 5 Stunden täglich mit Bildungsaktivitäten (Abb. B4-4). In der beruflichen Ausbildung waren es deutlich weniger. Dort findet ein großer Teil der Ausbildung jedoch im Ausbildungsbetrieb statt und wird in der Zeitverwendungserhebung vorwiegend als Erwerbstätigkeit erfasst. Zusammengerechnet ergeben Bildungs- und Erwerbszeit in der beruflichen Ausbildung rund 6 ½ Stunden pro Tag. Studierende investierten an Wochentagen knapp 3 ½ Stunden in Lern- und Bildungsaktivitäten. Dabei sind auch vorlesungsfreie Zeiten und möglicherweise längere Studienunterbrechungen eingeschlossen. Einschließlich ihrer Erwerbstätigkeit, die im Unterschied zur beruflichen Ausbildung häufig keinen fachlichen Bezug zum Studium hat (z. B. bei Nebenjobs in der Gastronomie), kommen Studierende auf 4 Stunden und 48 Minuten an Wochentagen. Allerdings lernen Studierende vergleichsweise häufiger auch an Wochenenden und Feiertagen.

**Berufliche Auszubildende mit dem höchsten Tagespensum – 6,5 Stunden Bildung + Arbeit**

B  
4

### Methodische Erläuterungen

#### Zeitverwendungserhebung

2022 wurde in Deutschland nach der letzten Erhebung 2012/13 zum 4. Mal die Zeitverwendung der Bevölkerung in privaten Haushalten erhoben (Statistisches Bundesamt, 2024). Dafür wurden die Befragten u. a. gebeten, für 3 festgelegte Tage ein Aktivitätentagebuch zu führen. Die erhobenen Daten geben Aufschluss darüber, wie viel Zeit Menschen in Deutschland für Erwerbsarbeit, unbezahlte Arbeit, Bildung, Freizeitaktivitäten etc. aufwenden. Als Lern- und Bildungsaktivitäten wurden bei der Auswertung alle Aktivitäten in Tab. B4-14 der (ein-

stelligen) Hauptkategorie 3 „Qualifikation/Bildung“ und der (zweistelligen) Unterkategorie 93 „Wegezeiten Qualifikation/Bildung“ berücksichtigt. Diese umfassen vielfältige Tätigkeiten von der Teilnahme an Unterricht, Betreuung und Arbeitsgemeinschaften in der Schule, Hochschule, Vor- und Nachbereitung von Unterricht über Qualifizierung und Weiterbildung für den Beruf bis hin zu den Wegezeiten, die im Zusammenhang mit Bildung stehen. Nicht zu Lern- und Bildungsaktivitäten gezählt wurde hingegen das Ausüben von Sport oder Musik in der Freizeit.

<sup>13</sup> Ein unmittelbarer Einfluss der möglicherweise zum Befragungszeitpunkt noch geltenden Corona-Beschränkungen lässt sich hingegen ausschließen: Denn der Rückgang bleibt selbst dann bestehen, wenn die Monate Januar bis April 2022, in denen teilweise noch Corona-Beschränkungen galten, aus der Analyse ausgeklammert werden.

## Bildungsstand der Bevölkerung

Der Bildungsstand einer Person ist sowohl individuell als auch gesellschaftlich von zentraler Bedeutung. Auf individueller Ebene beeinflusst er die Fähigkeit zur aktiven Gestaltung der eigenen Biografie, die Erwerbs- und Teilhabechancen sowie den Zugang zu weiterführender Bildung. Auf gesamtwirtschaftlicher Ebene trägt ein höherer Bildungsstand der Bevölkerung zur Fachkräftesicherung und zur Innovationsfähigkeit bei. Im Folgenden wird der Bildungsstand anhand der erreichten formalen Bildungsabschlüsse <sup>G</sup> dargestellt. Betrachtet wird zunächst die Entwicklung des Bildungsstands junger Erwachsener und anschließend die Gesamtbevölkerung im typischen Erwerbsalter, mit besonderem Fokus auf einwanderungsbezogene Unterschiede.

### Entwicklung des Bildungsstands der 25- bis unter 35-Jährigen

Für die Analyse der Entwicklung des Bildungsstands wird die Altersgruppe der 25- bis unter 35-Jährigen betrachtet. In diesem Alter wurde meistens der höchste Bildungsabschluss bereits erworben – im Jahr 2025 besuchten nur noch 13 % dieser Altersgruppe einen formalen Bildungsgang (B4) – und zugleich ist die Altersgruppe jung genug, um die Entwicklung möglichst aktueller Geburtsjahrgänge abzubilden.

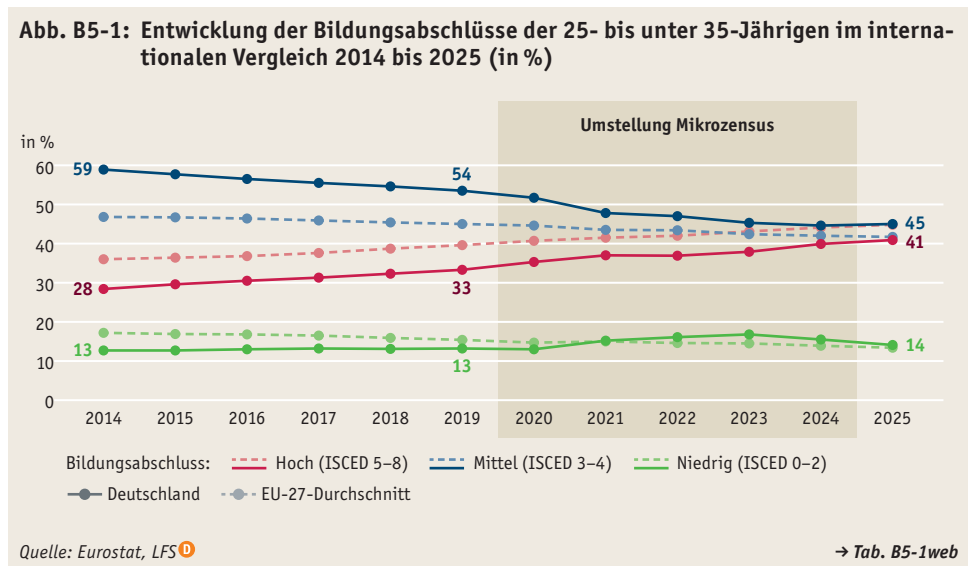
**Anhaltender Trend zu hohen Bildungsabschlüssen ...**

In dieser Altersgruppe setzt sich der lang anhaltende Trend zu hohen Bildungsabschlüssen weiter fort (**Abb. B5-1**). Der Anteil der Personen mit einem hohen Bildungsabschluss (ISCED 5–8) lag im Jahr 2025 bei 41 % und damit 13 Prozentpunkte über dem Wert von 2014. Zu den hohen Bildungsabschlüssen zählen alle tertiären Abschlüsse, die sowohl höher qualifizierende berufliche Abschlüsse (z. B. Meister:in, Techniker:in oder Erzieher:in) als auch akademische Abschlüsse (z. B. Bachelor oder Master) umfassen. Letztere stellten 2025 mit 82 % den Großteil der hohen Abschlüsse und machten den überwiegenden Teil des Anstiegs hoher Bildungsabschlüsse seit 2014 aus (+11 Prozentpunkte gegenüber +2 Prozentpunkte bei tertiären beruflichen Abschlüssen; **Tab. B5-2web**). Setzt sich der bisherige Trend fort, dürfte der von der EU für den europäischen Bildungsraum bis 2030 für diese Altersgruppe angestrebte Zielwert von 45 % mit hohem Abschluss in Deutschland erreicht werden.

Der bisherige Trend geht nahezu ausschließlich auf einen Rückgang der mittleren Qualifikation (ISCED 3–4) zurück, deren Anteil in den letzten 10 Jahren um 13 Prozentpunkte auf 45 % im Jahr 2025 gesunken ist (vgl. **E5**). ISCED 3 umfasst überwiegend berufsbildende Abschlüsse und zu einem geringeren Anteil die Hochschulreife. ISCED 4 bezeichnet den postsekundären nichttertiären Bereich, also etwa die Kombination von beruflichem Ausbildungsabschluss und Hochschulreife, Abschlüsse von 2- bis 3-jährigen Bildungsgängen an Schulen für Gesundheits- und Sozialberufe (z. B. Pflegefachfrau/-fachmann, Physiotherapeut:in) sowie Abschlüsse an Abendgymnasien. Insgesamt verfügten 37 % über einen mittleren beruflichen Abschluss auf ISCED-Level 3–4, aber nur 8 % ausschließlich über die Hochschulreife, wobei der Rückgang der mittleren Qualifikationen vollständig auf den rückläufigen Anteil beruflicher Abschlüsse und nicht etwa auf die Hochschulreife zurückzuführen ist.

**... ohne Rückgang der Geringqualifizierung**

Trotz der Zunahme hoher Bildungsabschlüsse ist die formale Geringqualifizierung seit 2014 nicht zurückgegangen, was eine zunehmende Polarisierung des Bildungsstands der erwachsenen Bevölkerung zur Folge hat. Als formal gering qualifiziert zählen Personen ohne Abschluss des Sekundarbereichs II oder höher (ISCED 0–2), die weder über einen beruflichen Abschluss noch über die Hochschulreife verfügen. Ein Abschluss mindestens des Sekundarbereichs II gilt international als grundlegende Voraussetzung für gelingende Arbeitsmarktintegration und soziale Teilhabe (Heisig et al., 2024). Im Jahr 2025 waren 14 % der 25- bis unter 35-Jährigen formal gering qua-



lifiziert und damit leicht mehr als vor 10 Jahren (13 %). Dabei ist der vorübergehende Anstieg der formalen Geringqualifizierung zwischen 2021 bis 2024 nicht etwa auf die Corona-Pandemie, sondern auf methodische Änderungen in der Erhebung des Mikrozensus zurückzuführen.

Die Entwicklung der Bildungsabschlüsse der 25- bis unter 35-Jährigen verläuft in Deutschland bei hohen und mittleren Abschlüssen in die gleiche Richtung wie im EU-Durchschnitt, jedoch mit stärkerer Dynamik – wodurch sich Deutschland zunehmend den jeweiligen EU-Niveaus annähert (Abb. B5-1). Der Anteil hoher Abschlüsse liegt aber weiterhin unter dem EU-Durchschnitt, während mittlere Abschlüsse in Deutschland nach wie vor überdurchschnittlich verbreitet sind. Zugleich unterscheidet sich die fachliche Struktur der hohen Abschlüsse: Mit 32 % weist Deutschland im europäischen Vergleich einen der höchsten Anteile an hohen Abschlüssen in MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) auf (EU-25-Durchschnitt: 28 %; OECD, 2025b). Bei der formalen Geringqualifizierung zeigt sich im EU-Durchschnitt ein anhaltender Rückgang, der zeitlich mit der Einführung der EU-Jugendgarantie 2013 zusammenfällt (Europäische Kommission, 2025; B4). In Deutschland blieb der Anteil formal gering Qualifizierter in den vergangenen 10 Jahren hingegen weitgehend stabil und lag – von dem methodisch bedingten Anstieg zwischen 2021 und 2024 abgesehen – 2025 erstmals nahezu auf dem EU-Niveau.

Die deutliche Zunahme hoher (insbesondere akademischer) Bildungsabschlüsse wird in der öffentlichen Debatte in Deutschland mitunter mit möglicherweise gesunkenen Zugangshürden – etwa niedrigeren Leistungsanforderungen zum Erwerb der Hochschulreife – in Verbindung gebracht. Die Ergebnisse der PIAAC-Studie liefern jedoch keinen Hinweis auf eine Abnahme grundlegender Kompetenzen bei Personen mit hohem Bildungsabschluss. Allerdings misst PIAAC funktionale Alltagskompetenzen, die weder die fachlichen Anforderungen eines Studiums noch schulische Leistungen im engeren Sinne widerspiegeln und zudem durch spätere Bildungs- und Erwerbserfahrungen beeinflusst sein können (Rammstedt et al., 2024a). Zwischen 2012 und 2023 sind die gemessenen Leistungen der 25- bis unter 35-Jährigen mit hohem Bildungsabschluss in Deutschland weder im Lesen noch in der Alltagsmathematik zurückgegangen (Tab. B5-3web). In der Alltagsmathematik zeigt sich vielmehr ein statistisch signifikanter Anstieg, der vor allem auf einen höheren Anteil von Personen mit

**Verteilung der Bildungsabschlüsse in Deutschland nähert sich zunehmend der EU an**

**Kein Rückgang der grundlegenden Kompetenzen von Personen mit hohem Abschluss trotz Zunahme dieser Abschlüsse**

mindestens dem zweithöchsten Kompetenzniveau (von 6 Niveaus) zurückzuführen ist. Ein anderes Bild zeigt sich bei den anderen Abschlussgruppen: Die Kompetenzen von Personen mit mittleren Abschlüssen haben sich kaum verändert. Dagegen ist bei formal gering Qualifizierten im Lesen ein statistisch signifikanter Leistungsrückgang zu verzeichnen, wodurch sich der im internationalen Vergleich bereits große Kompetenzabstand zu Personen mit hohem Bildungsabschluss in Deutschland weiter vergrößert hat (OECD, 2024).

## Bildungsstand der Bevölkerung im Erwerbsalter nach Einwanderungsgeschichte

In der Gesamtbevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren verfügten 2025 rund 36 % über einen hohen, etwa die Hälfte über einen mittleren Bildungsabschluss und 14 % waren formal gering qualifiziert (**Abb. B5-2**). Veränderungen im Bildungsstand dieser Altersgruppe im Zeitverlauf ergeben sich im Wesentlichen durch Unterschiede zwischen Geburtsjahrgängen (vgl. oben) oder Zuwanderung. Ohne die Zuwanderung der vergangenen 10 Jahre gäbe es in dieser Altersgruppe im Jahr 2025 in Deutschland rund 1,9 Millionen Personen mit hohem, 1,3 Millionen mit mittlerem und 1,7 Millionen mit niedrigem Bildungsabschluss weniger (**Tab. B5-4web**). Auf die Verteilung der Bildungsabschlüsse der Bevölkerung würde sich dies jedoch ausschließlich unterhalb der hohen Abschlüsse auswirken: Der Anteil der Bevölkerung mit mittlerem Abschluss läge ohne die ab 2014 Zugewanderten um 3 Prozentpunkte höher, während der Anteil formal gering Qualifizierter entsprechend niedriger ausfiele.

**Ohne Zuwanderung seit 2014: 1,9 Mio. Menschen mit hohem, 1,3 Mio. mit mittlerem Abschluss und 1,7 Mio. formal gering Qualifizierte weniger**

Einwanderungsbezogene Unterschiede im Bildungsstand sind vielschichtig und variieren deutlich nach Generationenzugehörigkeit, Zuzugsalter, Herkunftsland und Zuwanderungsgrund. In der Altersgruppe 25 bis unter 65 Jahre verfügen in Deutschland geborene Personen mit 2 zugewanderten Eltern – die folglich das Bildungssystem in der Regel ausschließlich in Deutschland durchlaufen haben – mit 28 % seltener über einen hohen Bildungsabschluss als Personen ohne Einwanderungsgeschichte (37 %; **Abb. B5-2**). Dieser Unterschied lässt sich jedoch im Wesentlichen durch den im Durchschnitt niedrigeren Bildungsstand der zugewanderten Eltern erklären (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung, 2024, B5). Dieser Befund verweist weniger auf ein spezifisches Problem bei der Integration von Personen mit Einwanderungsgeschichte der 2. Generation als vielmehr auf die strukturelle Herausforderung der weiterhin starken Kopplung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft (vgl. **H**).

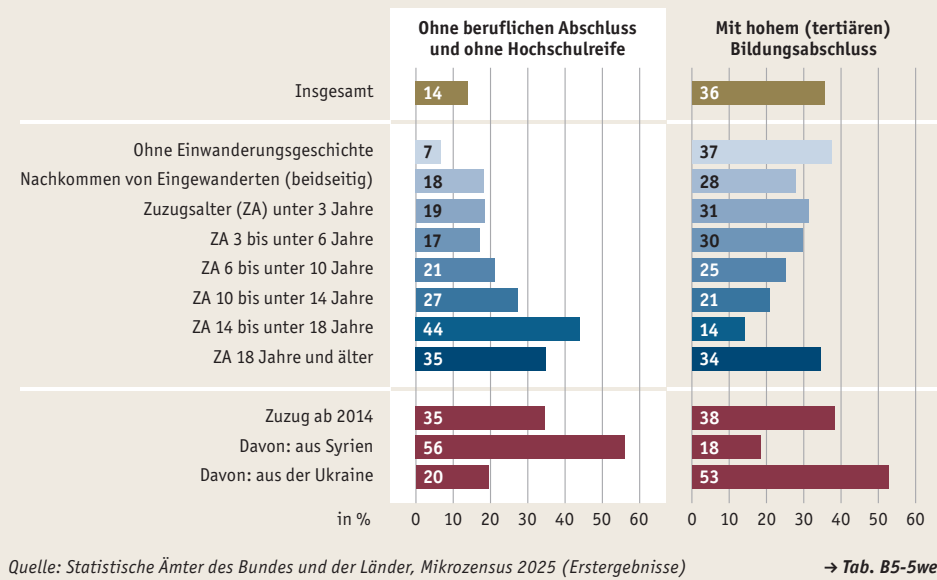
**Geringerer Bildungsstand der 2. Generation erklärt sich vor allem durch die soziale Herkunft**

Deutlichere einwanderungsbezogene Unterschiede zeigen sich bei selbst Zugewanderten (1. Generation) in Abhängigkeit vom Alter bei der Zuwanderung (**Abb. B5-2**). Je später der Zuzug im Kindes- und Jugendalter erfolgt, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit eines hohen Bildungsabschlusses im Erwachsenenalter und das Risiko formaler Geringqualifizierung nimmt zu. So erreichen im frühen Kindesalter (jünger als 3 Jahre) Zugewanderte zu 31 % einen hohen Bildungsabschluss; unter den im Alter von 14 bis unter 18 Jahren Zugewanderten sind es nur 14 %. Bei der formalen Geringqualifizierung zeigt sich das entgegengesetzte Muster. Dass sich diese Unterschiede zum Großteil nicht durch sozioökonomische Faktoren wie den Bildungshintergrund der Eltern, das Herkunftsland oder Einwanderungsmotive erklären lassen (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung, 2024, B5), deutet auf kritische Phasen der Integration hin, in denen das Erreichen höherer Bildungsabschlüsse zunehmend schwieriger wird, je später die Zuwanderung erfolgt.

**Je später der Zuzug im Kindes- und Jugendalter, desto geringer der Bildungsstand**

Anders stellt sich die Situation bei Personen dar, die als Erwachsene (ab 18 Jahren) zugewandert sind, für die neben der Einwanderung im Flucht- und Asylkontext vor allem eigene Migrationsmotive wie Arbeit, Studium oder Familienzusammenführung

**Abb. B5-2: Bildungsstand der 25- bis unter 65-Jährigen nach Einwanderungsgeschichte, Zuzugsalter und Herkunftsland 2025 (in %)**



eine Rolle spielen (**Abb. B5-2**). Diese Gruppe verfügt mit 34 % nur etwas seltener über einen hohen Bildungsabschluss als Personen ohne Einwanderungsgeschichte (37 %). Da 79 % dieser Abschlüsse im Ausland erworben wurde, profitiert Deutschland von der Zuwanderung hoch qualifizierter Erwachsener. Gleichzeitig ist der Bildungsstand im Erwachsenenalter Zugewanderten stark polarisiert: 35 % sind formal gering qualifiziert – gegenüber 7 % bei Personen ohne Einwanderungsgeschichte.

Auch nach dem Herkunftsstaat zeigen sich erhebliche Bildungsunterschiede, besonders bei den beiden größten Zuwanderungsgruppen der vergangenen 10 Jahre: Personen aus Syrien und aus der Ukraine (**Abb. B5-2**). Beide Gruppen sind zwar größtenteils infolge von Krieg nach Deutschland geflüchtet, der aber in beiden Staaten sehr unterschiedlich verläuft. Während der Krieg in Syrien bereits 2011 begann und sich über viele Jahre als lang anhaltender Bürgerkrieg fortsetzte, eskalierte der Krieg in der Ukraine mit dem russischen Angriff im Februar 2022 in vollem Umfang. Rund die Hälfte der seit 2014 aus der Ukraine zugewanderten 25- bis unter 65-Jährigen verfügt über einen hohen Bildungsabschluss – deutlich häufiger als Personen ohne Einwanderungsgeschichte und mehr als doppelt so häufig wie syrische Zugewanderte (18 %). Zugleich ist der Anteil formal gering Qualifizierter unter ukrainischen Zugewanderten (20 %) weniger als halb so hoch wie bei den syrischen (56 %).

**Stark polarisierter Bildungsstand unter als Erwachsenen Zugewanderten**

**Jeder 2. erwachsene Zugewanderte aus der Ukraine mit hohem Bildungsabschluss**

### Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

Für die Integration in den Arbeitsmarkt spielt die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse von Zugewanderten eine wichtige Rolle (Anger et al., 2024). Diese ist seit 2012 systematisch geregelt und hat in den letzten Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen. Seit 2012 besteht die Möglichkeit, in einem Anerkennungsverfahren die Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen überprüfen zu lassen. Zudem trat am 1. März 2020 das Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG) in Kraft, das die Einwanderung von Fachkräften nach Deutschland regelt und beispielsweise beschleunigte Verfahren bei der Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen vorsieht. Im Jahr 2024 wurden bundesweit insgesamt 79.100 im Ausland erworbene berufliche Abschlüsse als vollständig (37.000) oder eingeschränkt gleichwertig (42.100) zu einer in Deutsch-

### Verdreifachung der Zahl der anerkannten ausländischen Berufsabschlüsse seit 2016

land erworbenen Qualifikation anerkannt (**Tab. B5-6web**). Im Vergleich zum Vorjahr (65.300) waren dies 21 % mehr. Im Vergleich zum Jahr 2016, für das erstmals vollständige Daten vorliegen (26.200), hat sich die Zahl der Anerkennungen sogar mehr als verdreifacht.

### Zwei Drittel der Anerkennungen im medizinischen Bereich

Die medizinischen Gesundheitsberufe verzeichneten mit 69 % die Mehrheit der Anerkennungen. Allein 40 % aller Anerkennungen (32.000) bezogen sich auf Gesundheits- und Krankenpfleger:innen sowie den neuen Beruf der Pflegefachfrau, des Pflegefachmanns. Die Ausbildungsstaaten mit den häufigsten anerkannten Abschlüssen im Jahr 2024 waren die Türkei (9.200), die Ukraine (6.400) und Tunesien (5.300).

### **M**ethodische Erläuterungen

#### **Methodische Effekte im Mikrozensus 2020–2024**

Der vorübergehende Anstieg der formalen Geringqualifizierung zwischen 2021 und 2024 ist höchstwahrscheinlich auf die methodische Neugestaltung des Mikrozensus im Jahr 2020 zurückzuführen, insbesondere auf die Einführung von Onlinebefragungen ohne Interviewende. Die Ergebnisse der Jahre 2020 bis 2024 sind daher nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar. So zeigt sich innerhalb aller Geburtsjahrgänge (ohne Zugewanderte) ein Anstieg der formalen Geringqualifizierung in diesem Zeitraum, obwohl deren

Anteil innerhalb eines Geburtsjahrgangs mit zunehmendem Alter abnehmen sollte. Seit 2024 werden die Angaben zu Bildungsabschlüssen in den Onlinebefragungen des Mikrozensus daher verstärkt plausibilisiert, etwa durch gezielte Rückfragen bei potenziell unplausiblen Angaben. Diese Verbesserungen im Erhebungsverfahren wurden 2025 erstmals flächendeckend umgesetzt und dürften maßgeblich dazu beigetragen haben, dass das gemessene Niveau der formalen Geringqualifizierung wieder weitgehend dem Stand vor der Umstellung des Mikrozensus entspricht.

## Perspektiven

Die personelle Ausstattung bleibt eine zentrale Herausforderung des Bildungssystems (**B2**). Trotz Beschäftigungswachstums bestehen in der frühen Bildung und im Schulbereich weiterhin Engpässe beim pädagogischen Personal, wobei der Geburtenrückgang seit 2022 kurzfristig in der frühen Bildung und mittelfristig auch im Schulbereich entlastend wirken dürfte (**B1**, **B4**). Zur aktuellen Bedarfsdeckung rückt neben der Gewinnung neuen Personals auch die Ausweitung der Arbeitszeit des vorhandenen Personals in den Blick. Der Teilzeitanteil in diesen Bildungsbereichen ist hoch und zuletzt weiter gestiegen – häufig nicht aus unmittelbar zwingenden Gründen wie Betreuungspflichten, sondern aufgrund von Präferenzen für eine geringere Arbeitszeit. Überlegungen zur freiwilligen Arbeitszeitausweitung – etwa durch verbesserte Arbeitsbedingungen oder gezielte Anreize – könnten hier ansetzen. Ergänzend prüfen einzelne Länder auch regulatorische Anpassungen, darunter die Einschränkung von Teilzeit bei verbeamteten Lehrkräften. In welchem Umfang solche Ansätze zur Reduzierung des Personalmangels beitragen können, hängt maßgeblich von ihrer Ausgestaltung sowie von ihren mittel- und langfristigen Auswirkungen auf die Attraktivität des Berufs und die Arbeitszufriedenheit des Personals ab. Ein weiteres Potenzial liegt bei zugewanderten pädagogischen Fachkräften, deren ausländische Abschlüsse bislang nur in begrenztem Umfang anerkannt werden. Hohe sprachliche Anforderungen stellen dabei möglicherweise eine Hürde dar. Inwiefern diese in allen Einsatzbereichen gleichermaßen gerechtfertigt sind, bedarf einer differenzierten Prüfung.

Die Gestaltungsspielräume im Bildungssystem hängen maßgeblich von den verfügbaren finanziellen Mitteln ab (**B3**). Preisbereinigt stagnieren die öffentlichen Bildungsausgaben jedoch seit 2020 bei gleichzeitig steigenden Herausforderungen in der Bildung. Gemessen am Anteil am Gesamthaushalt hat Bildung zuletzt sogar an Bedeutung verloren, da sie zunehmend in Konkurrenz zu anderen politischen Prioritäten (etwa Corona-Hilfen, Energie und Verteidigung) steht. Die angekündigten Investitionen des Bundes in die öffentliche Infrastruktur – einschließlich der Bildungsinfrastruktur (**B1**) – könnten mittelfristig neue Impulse setzen, doch ihre strukturelle Wirkung bleibt abzuwarten.

Im jungen Erwachsenenalter zeigt sich, dass Erwerbstätigkeit bei formal gering Qualifizierten zu-

nehmend an die Stelle weiterer Qualifizierung tritt (**B4**). Dies weist zwar auf eine verbesserte Arbeitsmarktintegration für diese Gruppe hin, birgt jedoch Risiken hinsichtlich des Qualifikationsniveaus und der langfristigen Erwerbsstabilität.

Auf der anderen Seite des Qualifikationsspektrums setzt sich der Trend zur Höherqualifizierung bei den 25- bis unter 35-Jährigen fort und spiegelt die anhaltende Akademisierung sowie die Arbeitsmarktrelevanz hoher (akademischer und beruflicher) Abschlüsse in vielen Berufen wider (**B5**). Der Bildungsstand dieser Altersgruppe bildet jedoch das Ergebnis der Bildungsprozesse von Kohorten ab, die vom seit 2015 in PISA dokumentierten Leistungsrückgang noch nicht betroffen waren (vgl. **D7**). Ob sich diese Entwicklung künftig im formalen Qualifikationsniveau niederschlägt, bleibt offen. Der zwischenzeitlich problematisierte Anstieg der formalen Geringqualifizierung ab 2020 für Deutschland dürfte zwar überwiegend methodisch bedingt gewesen sein, im EU-Vergleich zeigt sich hingegen ein langfristiger Rückgang, der zeitlich mit Maßnahmen der EU-Jugendgarantie (Youth Guarantee) zusammenfällt. Warum sich vergleichbare Effekte in Deutschland bislang nicht zeigen, bleibt erklärungsbedürftig.

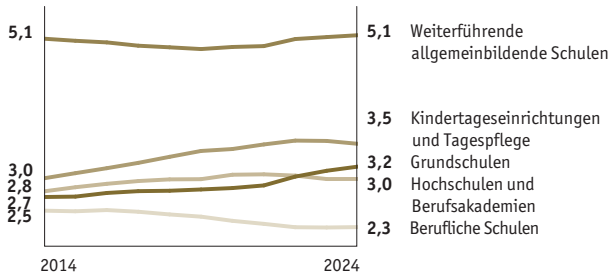
Eine zentrale Herausforderung stellt die teils unzureichende und fragmentierte Datenlage im Bildungsbereich dar. Unabhängig vom Föderalismus erschweren zersplitterte Zuständigkeiten eine umfassende und konsistente Berichterstattung. So kann etwa die Entwicklung der Schulen des Gesundheitswesens, die teilweise nicht der Auskunftspflicht für die Schulstatistik unterliegen, nur eingeschränkt abgebildet werden (**B1**, **B2**, **B4**), obwohl diese Schulen mittlerweile einen erheblichen Teil der beruflichen Schulen ausmachen. Tendenzen zum Bürokratieabbau und die damit verbundenen Einschränkungen für die amtliche Statistik drohen Datenlücken künftig zu vergrößern. Werden Daten lediglich fortgeschrieben statt regelmäßig neu erhoben, lassen sich steuerungsrelevante Veränderungen nicht erkennen. Perspektivisch eröffnen jedoch die geplanten Regelungen im Rahmen des Forschungsdatengesetzes – insbesondere zur Verknüpfung administrativer Daten – sowie die seit Langem angestrebte Bildungsverlaufsstatistik Potenziale einer verbesserten Datengrundlage für die Bildungsberichterstattung.

# Im Überblick



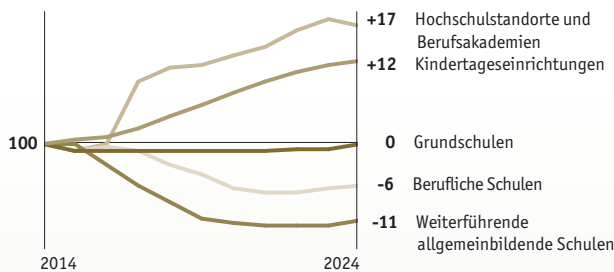
## Zuletzt Rückgänge der Bildungsteilnehmenden in der frühen Bildung und an Hochschulen, weiter gestiegene Schüler:innenzahlen (B1)

Anzahl der Bildungsteilnehmenden in Millionen



## Nachlassende Ausbaudynamik bei Hochschulen und Kitas; Stabilisierung der Schulzahlen nach vorherigem Rückgang (B1)

Relative Entwicklung der Anzahl der Bildungseinrichtungen zum Basisjahr 2014 (in %)



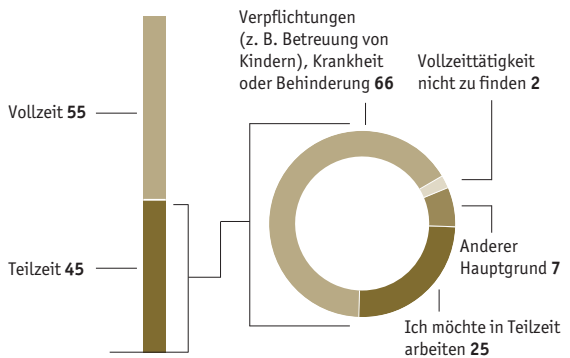
## Deutlicher Anstieg der Erwerbstätigkeit bei jungen formal gering Qualifizierten auf Kosten der Bildungsbeteiligung (B4)

Bildungsbeteiligung und Erwerbstätigkeit von formal gering qualifizierten 20- bis unter 25-Jährigen 2014 und 2024 (in %)



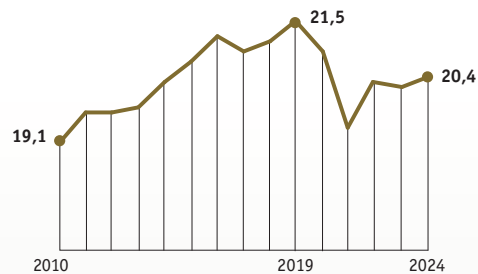
## Mehr als jede:r zehnte Erzieher:in und Lehrkraft arbeitet aus eigenem Wunsch in Teilzeit (B2)

Anteil in Teilzeit sowie deren Gründe für Erzieher:innen und Lehrkräfte 2024 (in %)



## Bildungsausgabenanteil am öffentlichen Gesamthaushalt gegenüber 2019 gesunken (B3)

Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben am öffentlichen Gesamthaushalt (in %)



## Trend zu hohen Bildungsabschlüssen bei jungen Erwachsenen setzt sich fort, ohne Rückgang der formalen Geringqualifizierung (B5)

Entwicklung des Bildungsabschlusses bei 25- bis unter 35-Jährigen (in %)

